14. Ausgabe
Oktober/
November 1991
2,- Mark



DEUTSCHE WIEDERGEBURT?
"NEUES BEWUSSTSEIN"?
WARTBURG 1992

Inhalt

Impressum
Der Rechte Rand
Postfach 1324 • 3000 Hannover 1
Postgiro Hannover
Nr.445586-301 • BLZ 250 100 30
Auflage: 2000
Druck: Eigendruck
Tel. 0511/ 34 10 36
Satz und Layout: R.Simon & H. Philipp
V.i.S.d.P. Klaus Harbart
HerausgeberInnen:
Stefan Berndt, Rainer Butenschön, Lisa Böhne, Winfried Holzinger, Alfred Klose, Jürgen Trittin, Dorothea Vogt
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder

Editorial

Eine breite blutige Spur, hinterlassen von ausländerfeindlichen Angriffen, zieht sich quer durch Deutschland; Hoyerswerda wurde zum Synonym für neue deutsche Geschichte, die von offenem Rassismus geprägt ist. Diese Übergriffe werden bereits politischer Alltag, die Odyssee der aus Greifswald geflüchteten Asylbewerber in eine Kirche nach Norderstedt beschreibt die Katastrophe verfehlter demokratischer Entwicklungsprozesse. Der Begriff vom häßlichen Deutschen, ein Deutscher, der vom Haß geprägt ist, gewinnt wieder eine neue Bedeutung. Auch wenn zur Zeit die Angriffe auf unsere ausländischen MitbürgerInnen nur aus dem Kreise von Neonazis und Skinheads kommen, so ist doch einerseits die Gleichgültigkeit eines großen Teils der Bevölkerung, der diese Entwicklung nur zur Kenntnis nimmt und andererseits die breite Sympathisantenszene, die dem militanten Mob z.B. in Hoyerswerda applaudierte, erschreckend. Die große Gefahr des schleichenden Rassismus in unserer Gesellschaft wird durch eine Emnid-Umfrage bestätigt: 1/5 der Bevölkerung in den neuen und 1/3 der Bevölkerung in den alten Bundesländern bekunden im Zusammenhang mit den Ausschreitungen gegen ausländische MitbürgerInnen Verständnis für rechtsradikale Positionen. Massenhaftes Verstummen und Wegblicken gehört wieder, wie in unserer faschistischen Vergangenheit, zur Tagesordnung. Handelt es sich hier um eine Entwicklung neuer nationaler Befindlichkeiten, die sich in dem Vereinigungsprozeß und der Hervorkehrung alter preußischer Geschichte und Tugenden widerspiegelt? Ein neuer "deutscher Herbst" 1991, der jedoch diesmal mit der Nazi-Ära zu vergleichen ist, so Stephan Hermlin? In der bundesdeutschen politischen Kultur hat sich seit Beginn der 80er Jahre ein latenter Nationalismus entwickelt, der sich an der Debatte um die "deutsche Nation", die "nationale Frage" und die "nationale Identität" erkennen ließ, an die sich auch die regierungsamtliche Ausländerpolitik orientierte und aus der sich die Wahlerfolge für eine neue rechtsextreme Parteienlandschaft ergab, die sich gerade durch die jüngsten Wahlerfolge bestätigten. Diese Politik war gekennzeichnet durch ihr Unvermögen, den grundrechtlich verbürgten Gleichheitsgrundsatz für alle hier lebenden Menschen zu verwirklichen. Für unsere ausländischen MitbürgerInnen führte diese Politik zu Integrations- und Kulturkonflikten, einer fehlenden rechtlichen Gleichstellung und einer Ghettoisierung ihrer Lebensbereiche. Diskriminierungen und Benachteiligungen sind das Ergebnis dieser Politik, die sich in vielen Köpfen der Bevölkerung als Stärkung ihres nationalen Bewußtseins festgesetzt hat, in der sie sich als eine geschlossene Gesellschaft versteht. Die Nichtaufarbeitung unserer faschistischen Vergangenheit führte zu einem breiten gesellschaftlichen Bewußtsein, das nicht dazu beitrug, gerade solche Entwicklungen aus der Verantwortung vor der eigenen Geschichte zu verhindern. Verfassungsmäßige Grundsätze zu entwickeln und auszubauen scheinen daher kaum denkbar und es ist verständlich, wieso politische Forderungen nach Einschränkungen dieser Rechte eher offene Ohren finden.

Grundpositionen des Lebens können für einen Teil der Bevölkerung nicht mehr gewährleistet werden, da der Staat sich aus seiner Verantwortung zurückgezogen hat. Die Angst vor dem Verlust von Existenzbedingungen trägt zur Entsolidarisierung der Menschen bei. Der Verlust von individuellen Eigenschaften in diesem Zusammenhang führt bei vielen zur Neuorientierung an nationalistischen Wertbildern und zur Öffnung für Personen, die ohne Selbstbild in faschistoiden Gruppierungen ein neues Verständnis suchen, in dem mit rassistischen Einstellungen ein neuer Nationalstaat, eine neue Identität geprägt werden soll. Durch die hervorgehobene Diskussion über eine andere Asylpolitik trägt die Politik jetzt zu diesen Entwicklungen weiterhin bei und versucht, von ihrer Verantwortlichkeit für gesellschaftliche Entwicklungen abzulenken, in dem sie einerseits die eigentlichen Opfer dieser Politik zu den Verantwortlichen für gesellschaftliche Mißstände macht und andererseits sich selbst aus der Verantwortung für Armuts-Entwicklungen in der Welt nimmt. Ein großer Teil der Presse trägt durch die Art der Veröffentlichung und Meinungsbildung sowie durch ihr vorhandenes Monopol von Informationsverarbeitung zu rassistischen Handlungsbereitschaften bei bzw. trägt für sie eine Mitverantwortung.

Die Saat ist aufgegangen. Nun zeigt sich, wie sehr staatliche Institutionen auf dem rechten Auge blind waren und wie die Entwicklungen im rechten Rand unterbewertet und verharmlost wurden. Unverständlich ist nun jedoch noch, daß bei den jetzigen Entwicklungen und Ereignissen oberste polizeiliche Organe bestreiten, daß es in der Neonazi-Szene "verfestigte rechtsextremistische Motivationen" und "dauerhafte Strukturen" gibt. Um so erstaunlicher erscheint diese Feststellung, wenn man zur Kenntnis nimmt, daß den "Verfassungsschützern" ein klares Bild von den Neonazis fehlt. Bei dieser Einschätzung der höchsten "Sicherheitsorgane" scheint die Konzeptionslosigkeit der Polizei zum Schutze unserer ausländischen MitbürgerInnen vor rassistischen Angriffen schon fast verständlich, wären da nicht die täglichen Übergriffe, die Verletzten und Toten.

In eigener Sache: Wir setzen mit dieser Ausgabe die Auseinandersetzung mit völkisch-rassistischen Sekten fort. Nicht fortsetzen möchten wir in den nächsten Ausgaben die Ansammlung langer Artikel, die sich über mehrere Ausgaben erstrecken (was nicht bedeuten soll, daß dieses in Einzelfällen bei grundlegenden Themen nicht möglich wäre). Deshalb eine Bitte an die AutorInnen: Sprecht die Länge der Artikel vorher mit uns ab. Ihr erspart uns und Euch unnötige Arbeit.

Die nächste HerausgeberInnenversammlung des "Rechten Randes" findet am 22. Februar 1992 in Hannover statt. InteressentInnen wenden sich bitte an die Redaktionsanschrift.

Amadore Kobus

Wahlkampfthema Asylpolitik

Zur niedersächsischen Kommunalwahl 1991

Die niedersächsischen Kreistage und Räte sind seit den Kommunalwahlen im Oktober bunter: Die beiden großen Parteien, SPD und CDU, mußten in ihren Hochburgen Verluste hinnehmen. Alleine geht in den Kommunen kaum noch etwas. Klare Zuwächse gab es dagegen fast durchgängig für Grüne und FDP. Die Liberalen errangen 5,2 Prozent (plus 0,2). Die Grünen schafften die Fünf-Prozent-Hürde und landeten mit einem Plus von 1,7 bei 6,6 Prozent.

Die CDU verlor zehn Mal die Mehrheit und kam nur noch in Cloppenburg (69,7), Vechta (67,3), Rotenburg (51,5) Gifhorn (50,2) und im Emsland (67,9) allein an die Macht. In den kreisfreien Städten hat die Union praktisch nichts mehr zu sagen. Aber den eigentlichen Machtverlust erlitt die CDU in den Kreisen: Die SPD kann in 22 statt bisher zwölf der 39 Kreise mit Unterstützung von Koalitionspartnern die Landräte stellen.

Der Streit um die Asylpolitik hat den Ausgang der Kommunalwahlen entscheidend mit beeinflußt. Kein Wunder, in der Schlußphase des bis dahin schleppenden Wahlkampfes hatte die CDU das Thema Asyl als Zugpferd entdeckt, mit dem sie "erfolgreich aufholen" und "Punkte gutmachen" könne. Eine "Mustervorlage für die Argumentation" zur Änderung des Grundrechts auf Asyl von CDU-Generalsekretär Volker Rühe lieferte die Grundlage für Presseerklärungen und Anzeigenkampagnen, in denen Angst geschürt wurde ("Rot-Grüne machen uns zum Einwanderungsland. Prognose 1992: 500 000 Asylbewerber") oder unterschwellig zu Pogromen gegen Fremde aufgefordert wurde. So veröffentlichte der CDU-Ehrenvorsitzende Wilfried Hasselmann in der Celleschen Zeitung am Sonnabend vor der Wahl zwei Adressen, wo Asylbewerber untergebracht werden sollten. Durch die Asyldebatte wurden die Bonner Steuerpolitik und andere für die Union unangenehme Fragen verdrängt.

Allerdings hatte der SPD-Landesvorstand in der Asyldiskussion "herumgeeiert", wie ihr Landesvorsitzender Bruns selbstkritisch gestand, und die Ausländerpolitik selbst zum Wahlkampfthema gemacht. SPD-Landesvorstandsmitglied Innenminister Gerhard Glogowski hatte einen Monat vor der Wahl ähnlich wie Bremens Bürgermeister Klaus Wedemeier lautstark gefordert: "Oberstes Ziel muß die Begrenzung der Zuwanderung auf das sozial verträgliche Maß sein." Nachdem sogar SPD-Vize Oskar Lafontaine eine Grundgesetzänderung nicht ausgeschlossen hatte, stellte die Osterholzer SPD-Kreistagsfraktion in einer Zeitungsanzeige fest: "Die Flut von unechten Asylanten und Aussiedlern (!) überfordert uns im Landkreis Osterholz". Ihr Fraktionschef Heimer Grotheer forderte deshalb, das Asylrecht zu ändern, "damit unechte Asylanten nach kurzer Überprüfung an der Grenze zurückgeschickt werden können."

Der Wahlkampf, der mit Primitivparolen Ängste vor Ausländern schürte (Bruns: Zwischen den Parolen der CDU und der Republikaner hat es kaum Unterschiede gegeben.), kam den rechtsradikalen "Republikanern" (REP) zugute. Wahlkampf hatten die REP selbst so gut wie nicht betrieben. Und Kandidaten mußten sie nicht einmal präsentieren, allein das Plakatieren von Parolen wie "Gegen Schein-asylanten und Wohnungsnot" reichte aus.

Auf Anhieb holten die REP in den sieben kreisfreien Städten und Landkreisen, in denen sie antraten, zwischen 0,9 Prozent (Landkreis Schaumburg, ein Mandat) und 4,4 Prozent (Stadt Delmenhorst bei Bremen, drei Mandate). In der Stadt Hannover erzielten sie 3,4 Prozent und zwei Mandate, im Landkreis Hannover sogar 3,6 Prozent und drei Sitze im Kreistag. Wären die REP landesweit angetreten, hätten sie überall beachtliche Erfolge errungen, meint Glogowski. So gab der Landeswahlleiter ihr Gesamtergebnis mit 0,8 Prozent an. Die DVU war in Niedersachsen gar nicht angetreten. Und die NPD wählten lediglich 2 393 Bürger.

Nachdenklich stimmte in Niedersachsen auch die steigende Zahl der Nichtwähler und -wählerinnen. Mit 33,4 Prozent war ihr Anteil erstmals größer als der der Partei mit den meisten Stimmen (CDU mit 28,7 Prozent der Wahlberechtigten). Laut Infas machte sich dieser Trend vor allem in den Städten bemerkbar.

Buchbesprechung

Rausland

Diskriminierung, Ausgrenzung, Gewalt und Flucht von Menschen aus ethnischen Gründen und aufgrund von Nationalitätenkonflikten haben weltweit zugenommen. Minderheiten werden hierzulande in der öffentlichen Diskussion als "Problem", wenn nicht gar als "Bedrohung" definiert. Menschen fremder Herkunft, die Jahre, wenn nicht Jahrzehnte bei uns leben oder hier geboren sind, müssen sich fragen, ob sie in einem "Rausland" leben. Das reiche Europa wird zur Festung ausgebaut: gegen "Asylanten" und "Wirt-schaftsflüchtlinge"...

Manfred Budzinski und Karin Clemens gehen den Ursachen des Rassismus nach. Sie sind der Ansicht, daß er tief verwurzelt ist. Unsere Geschichte sei geprägt durch die Unterdrückung und Ausbeutung fremder Völker. Bis heute profitieren wir von einer Weltwirtschaftsordnung, die die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer mache. Das wiederum habe eine Migration von Süd nach Nord zur Folge.

Ihre These: Wir leben bereits seit langem in einer multikulturellen Gesellschaft - eine verdrängte Tatsache. Wir verdanken unsere kulturelle Vielfalt gerade den unterschiedlichsten Einflüssen "von außen". Sich gegen sie abzuschotten, führt zur Erstarrung, zur Verarmung. Ein wirksamer Minderheitenschutz ist nicht nur ein moralisches Gebot, sondern ermöglicht erst menschlichen Reichtum.

Auf dem Buchumschlag: ein Gartenzwerg mit einer deutschen Fahne. Wer hätte gedacht, daß dieses Männchen "typisch türkisch" ist - erstmals im 15. Jahrhundert importiert. Ein Buch, das mit Vorurteilen aufräumt, und gleichzeitig Wege aufzeigt, wie ein menschenwürdiges Leben mit Menschen anderer Kulturen möglich ist.

Manfred Budzinski/Karin Clemens: RAUSLAND oder Menschenrechte für alle, Lamuv Verlag Göttingen, 26,00 DM

Der folgende Beitrag beschäftigt sich mit dem Thema "Neofaschismus in den neuen Bundesländern" und der Verwandlung eines ehemaligen FDJ-Sekretärs zu einem Aktivisten der NPD. Der Autor hat uns gebeten, den Beitrag anonym abzudrucken, da er sonst befürchten müßte, zur Zielscheibe von Racheakten zu werden.

Hoyerswerda ist überall



Auf Asylsuche!

Genau am 3. Oktober wollte die NPD eine Kundgebung in Erfurt veranstalten. Schon im vorigen Jahr trafen sich am 7. Oktober (ehemals Tag der Republik in der DDR) bundesweit die Faschisten in unserer Stadt. Gewalt blieb nicht aus. So wurden Vietnamesen schon auf dem Bahnhof gehetzt und gejagt.

Reichsbahner versteckten die Ausländer und wehrten sich beherzt. Ein Erfurter wurde im Tagungssaal zusammengeschlagen und vom Rednerpult gezogen. Er hatte geäußert, daß er sich schämt dafür und als Erfurter gegen den Auftritt der NPD protestiert. "Tolerant", wie diese "demokratische Partei" nun einmal ist, bedankte sie sich für diese Äußerung mit einem Krankenhausaufenthalt. Ein Riesenaufgebot von BGS verwandelte an diesem Tag die Stadt in eine Festung. Die Frage des Neuen Forums, was dieser Tag dem Steuerzahler gekostet hat, blieb bis jetzt unbeantwortet. Der Magistrat und besorgte Bürger waren verunsichert, wie man sich wehren könnte. Der Parteitag konnte nicht verhindert werden. Wird Erfurt nun zum Wallfahrtsort der Rechtsradikalen? Wie können wir dies verhindern? Es gab auch eine Protestkundgebung auf dem Wenigemarkt, auf welchem sich alle Fraktionen und der OB **M. Ruge** (CDU) verbal gegen diese Veranstaltung äußerten. Den zumeist Jugendlichen aus dem autonomen und alternativen Spektrum reichte dies nicht. Sie zogen durch die Stadt zum Ort des Geschehens. Umringt von Polizei sah es eher nach einer Massenverhaftung als nach einer Demonstration aus. Gewalttätige Auseinandersetzungen konnten nicht verhindert werden.

Das kommunale Bürgerradio "F.R.E.I." berichtete an diesem Tag live vom Ort des Geschehens. Gefährdete Objekte wurden die Nacht über geschützt.

Auch dieses Jahr ließ die NPD einen Testballon steigen. Nun ein Jahr später und nach Hoyerswerda begehrte die NPD für den Tag der Einheit den Platz vor dem Rathaus für ihre Kundgebung. Eine Provokation für sich. Konfrontationen waren somit vorprogrammiert gewesen. Der Magistrat verbot die Kundgebung. Das Gericht hob mit einstweiliger Verfügung diese Entscheidung auf. Dafür gelang es, die NPD-Kundgebung wegen Sicherheitsproblemen (Gerüste vor dem Rathaus) und den kulturellen Veranstaltungen auf allen Plätzen der Innenstadt an den Rand der Stadt abzudrängen. Die NPD erhielt einen Parkplatz vor der IGA (Internationale Garten-Ausstellung -Anm. d. Red.) Zusätzlich gab es harte Auflagen. Nur eine Standkundgebung, keinen Demonstrationszug in der Innenstadt. Bei Krawallen sofortiges Einschreiten der Polizei. Diese Konditionen führten wahrscheinlich dazu, daß die NPD nach Gera auswich. Denn dort bekam sie einen Platz in der Innenstadt. Bei einer Demonstration durch die Innenstadt forderte sie die Wiederkehr des 3. Reiches. Selbst unter Autonomen wird das erfolgreiche Bemühen des OB M. Ruge anerkannt. Ihm ist es in erheblichem Maße mitzuverdanken, daß der 3. Oktober für die Erfurter gewaltfrei verlief. Die NPD hatte in Weimar, Gotha, Gera und Erfurt Kundgebungen angemeldet, um zu testen und zu verwirren. Sie entschied sich letztlich für Gera, einer Stadt mit hohem Arbeiteranteil, mit vielen Neubausiedlungen, geringer Kultur, welche mehr aus dem Boden gestampft wurde, als historisch gewachsen ist. Aber auch in Erfurt ist die NPD aktiv. Nach internen Informationen versucht sie sich in Erfurt als Kaderpartei zu formieren. Ihr liegt mehr Wert an Positionen in der Verwaltung, als an Krawallen auf der Straße, die dem Ansehen schaden. Herr **Thomas Dienel** gibt sich in seinem Anzug erst einmal seriös und als aufrechter Demokrat. Immerhin hat auch er für die Wende gestritten.

Zuerst 10 Jahre in der SED, später in der Stasi und dann in der Sexliga und nun in der NPD. (siehe Anhang)

Der Runde Tisch im Rathaus, welcher durch die Bürgerbewegung angeregt wurde, suchte zum Thema Sicherheit in der Stadt für diesen Tag nach Antworten. Der minimale Konsens, auf den man sich einigte, war ein Friedensgebet zeitgleich mit der geplanten NPD-Kundgebung. Eine mögliche Eskalation und Konfrontation sollte verhindert werden. Doch dieses Herangehen befriedigte nicht alle.

Kann man nach Hoyerswerda schweigen? Reicht ein Gebet in den schützenden Mauern der Kirche? Die NPD kam nicht. Dafür entrollten jugendliche Aktivisten beim Friedensgebet ein Transparent und forderten zum Niemöller-Gedenk-Marsch auf. Denn wer schweigt, macht sich schuldig. So ihre Botschaft. Die Aktion in der Kirche sollte aufrütteln und kam auch überraschend gut an. Um so sinnloser war es, daß die jugendlichen Demonstranten nicht vor der Kirche auf den Anschluß des Friedensgebetes warten konnten. So hätten sie auch mitbekommen, daß für den nächsten Donnerstag wieder Friedensgebet mit anschließender Demonstration und Kundgebung geplant ist. Außerdem hätten sich noch mehr angeschlossen. Einzelne Autonome hatten auch nichts anderes zu tun, als sich zu vermummen und der Presse zu zeigen, daß sie Baseballschläger besitzen. So können einzelne das gesamte Bild verzerren.

Der Demonstrationszug zog durch die Stadt zum "Mainzer Hof", wo es einige Tage zuvor einen Anschlag und Verletzte gegeben hatte. Die Polizei hielt sich zurück. Dafür waren die alten neuen Stasis in Zivil aufdringlich und lästig wie die Fliegen. Beide Nächte verbrachte auch ich im "Mainzer Hof", um ihn notfalls zu verteidigen. Denn außer dem Cafe, Kulturförderverein, Weltladen und Probenräumen für Bands hat die Friedensgesellschaft auch ihren Sitz in diesem Haus.
Die Resonanz in der Presse, insbesondere "Thüringer Allgemeine": Linksradikale stören Bürger am 3. Oktober in Erfurt. Während der Überfall auf den "Mainzer Hof" von der gleichen Zeitung totgeschwiegen wird, werden "linke" Schreckgespenster verbreitet. So soll schon im Vorfeld all jenen der Mund verboten werden, die sich gegen Rassismus und Gewalt äußern wollen. Das ehemalige Organ der SED profiliert sich im alten Stile (heute wie damals konservativ) als Erfüllungsgehilfe für neofaschistische Stimmungen. Mit einem vorauseilenden Gehorsam wird geschwiegen, wo es kein Schweigen geben kann. Auch in Weimar gibt es permanent Anschläge auf Lesecafes, alternative Projekte und Hausbesetzer.
Welche Freiheit meint Herr Dienel, wenn lange Haare schon Grund genug zum Zuschlagen sind? Hatten wir diese Intoleranz nicht lange genug? Die Demokratie endet dort, wo neue Demagogen Zulauf erhalten. Dabei hetzt die Presse gerne mit, so wie es Politiker in Bonn auch gerne tun, gegen Ausländer und Andersdenkende, wenn sie sich z.B. beim Asylthema parteipolitisch profilieren.
Nehmen wir nur die Gegendemo in Hoyerswerda (29.9.). Sie ist ein gutes Beispiel für die Lügen der Presse. Es gab wieder einmal 20-30 Vermummte im Demoblock der 4000 ehrlich Besorgten. Diese sichtbar straff militärisch Organisierten betrieben ihr eigenes Geschäft. Nämlich das zu tun, wofür sie bezahlt werden: Anlässe zu liefern für das Zuschlagen der Polizei. Diese war sichtlich bemüht, die Demonstration erst gar nicht zustande kommen zu lassen. So gab es Rangeleien und Auseinandersetzungen. Es gab auch Steinwürfe der einheimischen Bevölkerung, wodurch Demonstranten verletzt wurden, aber auch viele Bewohner dieser Stadt, die sich der Demo anschlossen. Die großen Straßenschlachten der Tagesschau können erst Stunden nach der Demo gelaufen sein. Der Ablauf der Rollenverteilung ist bekannt. Nach der Demo, wenn bereits alle Zuhause sind, liefern sich 20-30 Vermummte mit der Polizei ihre Schlacht. Wenn das erste Auto brennt, haben auch die Herrn der Tagesschau ihr Bild im Kasten. Galt nicht auch in der DDR jeder Demonstrant als Gewaltverbrecher? Ich erinnere an die Stimmung vor 10 Jahren gegenüber den Streikenden der Solidarnosc.
Die gleichen wohlgehegten und gepflegten Vorurteile und Klischees werden bedient. "Die sollen erst einmal arbeiten gehen." "Das Gesindel sollte man nach Sibirien schicken." "Am besten gleich erschießen." Der Faschismus beginnt in den Köpfen und nicht erst auf der Straße.
Die wichtigste Aufgabe der etablierten Presse besteht in der Verhinderung des selbständigen Denkens der Bürger. Verhinderung selbständiger Urteilskraft ist die notwendige Voraussetzung für Rassismus und Faschismus... Die Mechanismen der Manipulation sind andere als vor 1989, aber mindestens genauso wirksam und mit den gleichen Resultaten. Ich erwähne nur den Golfkrieg und die Umbettung der Preußen.

Verwandlung eines Unscheinbaren...

Thomas Dienel (29 Jahre)

wohnhaft in Weimar, geb. am 16.6.1961 - ca. 10 Jahre SED-Mitglied / Absolvent der SED-Bezirksparteischule Erfurt - jahrelang FDJ-Sekretär - jahrelang Mitglied des Stadtausschusses Weimar der Nationalen Front sowie Vorsitzender der WBA 41 der NF - jahrelang Mitarbeiter und Seelenempfänger der Stasi!
...dann kam seine persönliche Wende ohne Ende...
- Ende 1989 SED-Austritt - Anfang 1990: Geschäftsführer der Deutschen Sex Liga Weimar, Stadt und Landkreis - Frühjahr 1990 Geschäftsführer der Deutschen Sex Liga Thüringen - Sommer 1990 Geschäftsführer des Thüringer Landesverbandes der NPD!
Thomas Dienel besitzt inzwischen eine Gaststätte in Daasdorf a. B. und eine weitere Gaststätte im Landkreis Weimar, die immer mehr zu Zentren seiner politischen Freunde, darunter faschistische Gewalttäter und Randalierer, werden. Um Thomas Dienel scharen sich Alt- und Neonazis und vor allem immer mehr Fascho-Skinheads. Bei Zusammenkünften mangelt es nie an Alkohol. Thomas Dienel ist für die Verschmutzung der Straßen von Weimar-West sowie der Innenstadt verantwortlich zu machen, als am 1.10.1990 massenweise ausländerfeindliche und Hetz-Flugblätter der NPD aus fahrenden Autos auf Straßen, Plätze und Bürgersteige Weimars geworfen wurden. - 7.10.1990: Thomas Dienel wurde auf dem Vereinigungsparteitag der NPD in Erfurt Vorsitzender der NPD Thüringen!

H.-D. Charly Braun

"Einwanderer: Gewinn für die Wirtschaft"

So ist ein Artikel in der "Wirtschaftswoche" (WiWo) vom 25.10 1991 überschrieben. Mit allerlei Daten von Wirtschaftsforschungsinstituten wird klargestellt mit wieviel Milliarden Mark die Zuwanderer/innen "Beim Sozialprodukt wie bei den Sozialkassen, in der Industrie wie in der Infrastruktur ... die Volkswirtschaft befruchtet und belebt" haben. Dank der Zugewanderten hätten die Staatskassen ein mehrfaches von dem an Einnahmen zu verzeichnen, als das, was vom Sprachkurs bis zur Sozialhilfe, ausgegeben werde. Allein die westdeutschen Türken steuerten per sogenanntem Solidarbeitrag rund 450 Millionen DM zum sogenannten Aufbau in Deutschland-Ost bei.
Auf dem Arbeitsmarkt gebe es keine Verdrängung Einheimischer. "Im Gegenteil: Die Zuwanderer nehmen oft die schlechtesten Jobs und verhelfen dabei deutschen Kollegen zu besser bezahlten Leitungsfunktionen." Die Zahl der Deutschen gehe zurück, wird vorgerechnet und demzufolge würde bald ein starker Einwanderungssog entstehen. Die Ergebnisse der Forschungsinstitute bestätigen, daß durch Zuwanderung in Deutschland gewünschte Ziele erreicht werden: "Verjüngung der Altersstruktur, Ausgleich des Arbeitskräftemangels, Nachfrage-, Wachstums- und Beschäftigungsimpulse, gravierende Entlastung der Kranken- und Rentenversicherung ...".
Die Autoren der WiWo polemisieren gegen rassistische Politiker und erklären AusländerInnenfeindlichkeit lediglich zum "emotionalen Problem". Und im Editorial heißt es: "Ein modernes Deutschland kann sich nicht über Blut und Boden definieren. Es ist keine Rasse, sondern ein soziokulturelles und ökonomisches System. Soll dies im Wettbewerb mit anderen Systemen bestehen, muß es attraktiv und offen sein." Man könnte fast glauben, dieses Sprachrohr des Kapitals würde mit uns gegen den Fremdenhaß kämpfen. Dann jedoch wird statt offener Grenzen gefordert, den Zuzug nach Deutschla8nd zu steuern, denn, "ein afghanischer Emigrant mit Darmstädter Ingenieurdiplom dürfte leichter einzugliedern sein als ein deutschstämmiger Kolchosbauer aus Kasachstan". Die Menschlichkeit reicht also nur so weit, wie sie auch dem Profit nutzt.
Wie der Zuzug aussehen soll, hat der Hotel- und Gaststättenverband dargelegt. Dessen Präsident verlangt es nach ausländischen Saisonarbeitskräften ohne Sozialversicherung, ohne Kündigungsschutz, immer flexibel und mobil. Solchen Wünschen angepaßt ist auch das neue Ausländergesetz. Es sieht vor, Beschäftigung von Nicht-EG-AusländerInnen nur noch als Wanderarbeit zuzulassen, mit beschränkter Aufenthaltsgenehmigung und der praktischen Unmöglichkeit des Arbeitsplatzwechsels. So können Löhne diktiert werden, verschlissene Arbeitskräfte durch frische ausgetauscht werden. Rechtlose Menschen stehen den deutschen Stammbelegschaften als Konkurrenten, z.B. als Lohndrücker und Streikbrecher, gegenüber. Läßt sich die künstlich angelegte soziale Spaltung etwa nicht als nationale oder "rassistische" darstellen? Die WiWo hält sich zu alle dem vornehm und wortlos zurück. Die Spaltungspolitik schadet ausländischen und deutschen Menschen; ihr entgegenzutreten ist vor allem auch eine gewerkschaftliche Aufgabe.

Herbert Wilhelm-Rotenburg

Deutsche Wiedergeburt und abendländische Sendung

Geschichte und Intentionen neopaganer Gruppierungen im Deutschland der Weimarer Republik

Im "Sonnmond" (=Juli) war es soweit: die Wiederkehr politischer und geistiger Konstellationen der 20er Jahre im Denken heutiger Neuheiden fand ihren adäquaten Ausdruck: Die Zeitschrift "Germanen-Glaube" (GGl.) erscheint erneut, mit der alten Titelzeile, nebst dem Motto der "Germanischen Glaubens-Gemeinschaft": "Deine Tat bist Du", und einem Stich aus der Feder Franz Stassens (1869-1949). Dieser war begeisterter Anhänger Richard Wagners, außerdem einer der rührigsten Maler und Illustratoren der völkisch-nationalen Subkultur zwischen Jahrhundertwende und Nationalsozialismus. Immer häufiger aber begegnet man seinen Bildern wieder in den Zeitschriften und Broschüren heutiger Neugermanen und sogenannter Heiden: man achte nur einmal auf das Bildsignet FST!

Bei aller Liebe zur Tradition: die Redaktion des GGl. hat sich im Laufe von knapp 80 Jahren doch merklich verjüngt: Herausgeber ist Geza von Nemenyi, Mitbegründer der "Heidnischen Gemeinschaft" (Berlin) und selbsternannter Ve-Gode (=Priester), der nun also auch eine der ältesten völkischen Religionsgruppen wiederbelebt hat. Die "Germanische Glaubens-Gemeinschaft" (GGG) wurde erstmals 1907/08 ins Leben gerufen und trug ab 1913 ihren heutigen Namen. Initiator und geistiges Oberhaupt war der Maler Ludwig Fahrenkrog (1867-1952), dessen heutiger "Freundeskreis" enge Kontakte zur "Artgemeinschaft" und den "Goden" unterhält - es bleibt also abzuwarten, ob Nemenyi recht behält: "Berichte und Gruppen, die rechtsradikale Zielsetzung vertreten, kommen bei uns allerdings nicht zu Wort. Auch politische Berichte, die das Heidentum nicht betreffen, bleiben draußen." (GG, Nr.1/Juli 1991, S.1).

Weder die zahlreichen Verflechtungen der heutigen Neuheiden-Szene mit dem organisierten Rechtskonservatismus und Rechtsradikalismus aber sollen hier interessieren, noch ähnliche Gruppen- und Parteienkonstellationen der Weimarer Republik. Wichtiger ist die Frage, auf welche fundamentalen gesellschaftlichen Wandlungs- und Krisenprozesse die Renaissance angeblich heidnischen Glaubens antwortet und die Parallele zwischen der "klassischen" Moderne zwischen beiden Kriegen und heutigem "postmodernem" Zeitgefühl besteht. "Heide sein zu einem neuen Anfang" - dieser Buchtitel des Chefdenkers der französischen wie deutschen Neuen Rechten, Alain de Benoist, hätte mit gutem Grund bereits ein Titel der 20er Jahre gewesen sein könne, denn er illustriert das Selbstverständnis und die kulturkritische Intention auch der damaligen Neuheiden in äußerst zutreffender Weise. - Vorausgeschickt sei, daß es im strengen religionswissenschaftlichen Sinn problematisch ist, im Blick auf die Gruppierungen völkischer Religion pauschal von "Heiden" zu sprechen. Insbesonders "deutschgläubige" Religion etwa ist primär parachristlich und antichristlich, radikal laizistisch, kommt also ohne eine beamtete Priesterkaste aus, ist mystisch und nicht theologisch, außerdem rassistisch und kennt weder einen Gott noch viele Götter. Andere Vereinigungen hingegen orientieren sich streng am germanischen Götterhimmel, beschäftigen eine eigene Schicht von Priestern oder "Eingeweihten" und lehnen rassistische Ideen ab.



Deutsch-völkische Zeitschrift (1925)

Dies differenzierte Bild der neuheidnischen Subkultur macht es unerläßlich, auf eine Interpretationsperspektive zu verzichten, die im gesamten Neuheidentum allein prä- bzw. post- und neofaschistische Tendenzen am Werk sieht, denn solch ein Ansatz verengt den Erkenntnishorizont und verkennt die Attraktivität neuheidnischen Unbehagens an der Modernität, dem sich ebenso Konservative, Liberale, Linke, New-Ager und Ökologen aller Coleur verschrieben haben und immer wieder verschreiben. Und wer vorschnell - in einer Formulierung des Literaturwissenschaftlers Klaus Laermann gesprochen - überall das "rasende Gefasel der Gegenaufklärung" vermutet, verfehlt die spezifische Intelligenz, die manchmal verblüffende Originalität, sowie das rhetorische Geschick neuheidnischer "Theologie" und mancher völkischer Propagandisten, zumal derjenigen, die sich heute an den modischen Trends der Ökologie- und New-Age-Bewegung orientieren.

Mythos gegen Moderne

Völkische Religiosität als Modernitätskritik: Angefangen mit der um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert formulierte frühromantische Idee einer "Neuen Mythologie" bis hin zu heutigen Programmen der "Wiederverzauberung der Welt" - so ein Titel des New-Age-Denkers Morris Berman - spannt sich der Bogen von Oppositionsbewegungen gegen die Rationalisierung aller Lebensbereiche als Folge gesellschaftlicher Modernisierung, Industrialisierung und Säkularisation, die der Soziologe Max Weber mit dem Terminus "Entzauberung" umrissen hat. Der in erster Linie von bürgerlichen Intellektuellen und Künstlern formulierte kulturkritische Protest gegen diesen "Entzauberungs"-Prozeß verdankt seine Resonanz im Bewußtsein der jeweiligen Zeitgenossen nicht zuletzt der Tatsache, daß dies Unbehagen an der Modernität sich auf spektakuläre Krisenphänomene des gesellschaftlichen Veränderungsprozesses berufen kann. Kulturkritisches Räsonnieren darf deshalb nicht in jedem Fall als antiaufklärerischer Konservatismus oder schlechthin falsches Bewußtsein diskreditiert werden, denn in ihm steckte oft mehr als romantisch verklärtes Beharren auf dem status quo von Geschichte und Gesellschaft. Zur bleibenden Leistung antimodernistischer Kulturkritik gehört es beispielsweise, recht früh schon auf die Kosten des industriellen Fortschritts aufmerksam gemacht zu haben.

Die besonders aus ökologischer Perspektive berechtigten Zweifel am Projekt der industriellen Moderne standen jedoch in fatalem Zusammenhang mit Überlegungen, deren eigentliches Motiv die radikale Revision des gesamten modernen Gesellschaftsprozesses ist. Die völkische Bewegung, die sich seit Ende des 19. Jahrhunderts weltanschaulich und politisch zu formieren begann, war die radikale Avantgarde einer breiteren Abwehrfront gegen die "Ideen von 1789", also gegen Aufklärung, moderne Wissenschaft, Demokratie, Sozialismus und vor allem die politische Emanzipation des Proletariats - und der Frauen. Geistiger Kern des völkischen Aufbegehrens gegen den herrschenden Zeitgeist und die Folgen eines besonders im

Deutschen Reich rasanten sozio-politischen Wandels war ein übersteigerter Nationalismus, dessen Vorstellungen von der Gemeinschaft aller Deutschen selbst am kleindeutsch-preussischen Nationalstaat von 1871 kein Genügen fand. Bei der Suche nach den Ursachen des diagnostizierten kulturellen Niedergangs boten sich gängige Feindstereotypen an: der "mammonistische" also kapitalistische Westen etwa, die Arbeiterbewegung und besonders die jüdische Minderheit in Deutschland. Als eigentliche Ursache für die Übel der modernen Zivilisation jedoch begriffen die Völkischen den Verrat ihrer Zeitgenossen am "echt deutschem Wesen". Dieser geistigen Abirrung gegenüber erschienen ihnen sämtliche sozialen und politischen Erscheinungen des realexistierenden Kapitalismus als Sekundärphänomene. Folglich ging es völkischen Aktivisten primär um die Rekonstruktion eben dieses "deutschen Wesens", um die Rettung der "deutschen Seele". Paul de Lagarde (1827-1891), Orientalist in Göttingen und der erste maßgebliche Verkünder einer "nationalen Religion", vermutete den Sitz des Deutschtums "im Gemüthe" und nicht "im Geblüthe"! Bei ihm wie zahlreichen seiner völkischen Nachbeter handelte es also in letzter Konsequenz um die geistige Gesundheit des Individuums, der Gemeinschaft und schließlich des gesamten Volkes. Kein Wunder also, daß im Kaiserreich Religion, Philosophie, bildende Kunst und Literatur die Bereiche zentralen Interesses völkischer Wiedergeburtshelfer wurden. - So originell ist also die in Kreisen der Neuen Rechten gepflegte Idee des "Gramscismus von rechts", also der angestrebten kulturellen Hegemonie rechtsintellektueller Eliten, auch wieder nicht!

Auf dem Feld der Kultur, der Domäne des wilhelminischen Bildungsbürgertums, erfolgten mithin die entscheidenden Angriffe gegen die Moderne, und damit auch gegen die Demokratisierung der Gesellschaft. Julius August Langbehns (1851-1907) Buch "Rembrandt als Erzieher. Von einem Deutschen" (Leipzig 1890), seinerzeit ein Bestseller mit 34 Auflagen im ersten Erscheinungsjahr, zeigte seinen Lesern den rechten Weg zur Volkserziehung durch Kunst und Literatur. Houston Steward Chamberlain (1855-1927) schrieb 1899 sein Hauptwerk - fußend wiederum auf Ideen Lagardes - wortreich die dringend notwendige Entwicklung "arteigener" Religion formulierte, da er einzig diese für ein tragfähiges Fundament einer gesunden Kultur- und Volksgemeinschaft hielt. Auch dies ist im übrigen die Wiederkehr einer romantischen Denkfigur, allerdings mit einer folgenschweren Verschiebung. War es den Frühromantikern ausdrücklich um die Schaffung einer "Mythologie der Vernunft" zu tun gewesen, so tritt in Chamberlains Werk an die systematische Stelle der "Vernunft" das "Blut" als grundlegend unvernünftig-irrationale, nicht-diskursive Kategorie. Zudem wird das Griechentum als Vorbild jeder gelungenen nationalpädagogischen Bemühung im Geiste des gymnasial vermittelten Neuhumanismus durch ein ebenso fiktives Germanentum weitgehend ersetzt, dessen Tugenden es nachzustreben und vor allem in der zeitgenössischen jungen Generation nachzubilden gelte.

Angeregt durch Autoren wie Lagarde, Langbehn und Chamberlain formulierte wenige Jahre später der Bremer Telegraphendirektor Otto Sigfrid (!) Reuter (1876-1949), der Gründer der "Deutschgläubigen Gemeinschaft", die Kernfrage aller radikal-völkischen Religionsgruppen, die sich auf der Suche nach einem zeitgemäßen Idol befanden: "Sigfrid (!) oder Christus?" (Leipzig 1910). Dieser, ebenfalls zuerst anonym "von einem Deutschen" veröffentlichte, "Kampfruf an die germanischen Völker zur Jahrtausendwende" - so der Untertitel des schmalen Bändchens - ist wohl der erste geschlossene Entwurf einer vorgeblich "germanischen" Religiosität in Deutschland gewesen. Neu aufgelegt, kann er bis heute im Uwe-Berg-Verlag (Toppenstedt) bezogen werden.

So unterschiedlich auch die Programme, Aktivitäten und Veröffentlichungen deutsch-christlicher oder germanischgläubiger Gruppierungen bereits vor dem Ersten Weltkrieg gewesen sein mögen, letztlich geht es allen um die geistige Bewältigung einer zunehmend schmerzhaft empfundenen Kultur- und Sinnkrise, der man verstärkt seit der Jahrhundertwende mit der Beschwörung neuer Ideale Herr zu werden versuchte. Für den damals bekannten Verleger Eugen Diederichs (1867-1930) war es eine Binsenwahrheit, daß "unsere wirtschaftliche Entwicklung einen neuen geistigen Überbau erforderte."

Der Maler, Buchillustrator, Graphiker und Tempelarchitekt Fidus (1868-1948), der dem völkischen Flügel von Jugendbewegung und Lebensreform nahestand, formulierte: "Aufsteigende Völker, wenn man ihnen schon, wie dem deutschen, eine religiöse Politik zumuten darf, brauchen aber eben so sehr eine politische, d.h. völkische Religion."

Gerade die um die Jahrhundertwende entstandene bürgerliche Jugendbewegung wurde von vielen als Zeichen einer gesamtgesellschaftlich relevanten religiösen Neubesinnung gewertet, tatsächlich entstammten viele Religionsgründer der 20er Jahre dem Milieu des Wandervogel und der Bündischen Jugend. Zu den religiös enthusiasmierten Bildungsbürgern der Jahre vor 1914 hatte z.B. auch Walter Benjamin gehört, der von den Literaten eine neue Religion erwartete und - mit Blick auf die zeitgenössische Jugendbewegung - schrieb: "Die Bewegung der erwachenden Jugend weist die Richtung jenes unendlich fernen Punktes, in dem wir Religion wissen." In einem Vortrag mit dem sprechenden Titel "Die deutsche Jugendbewegung als Volksgewissen" urteilte 1928 ein Mitglied dieser Bewegung: "Der Urkern der Bewegung war stets religiös (...) Wiederentdeckung der Bindungen ist die Hauptbemühung der Jugendbewegung in einer Epoche, die zu einer Losgelöstheit gekommen ist, wie die Wanderdüne, mit welcher der Wind spielt." Die für das Denken der linksbürgerlichen Jugendbewegung charakteristische Zeitschrift "Junge Menschen", die vom Pazifisten Walter Hammer (1865-1929)

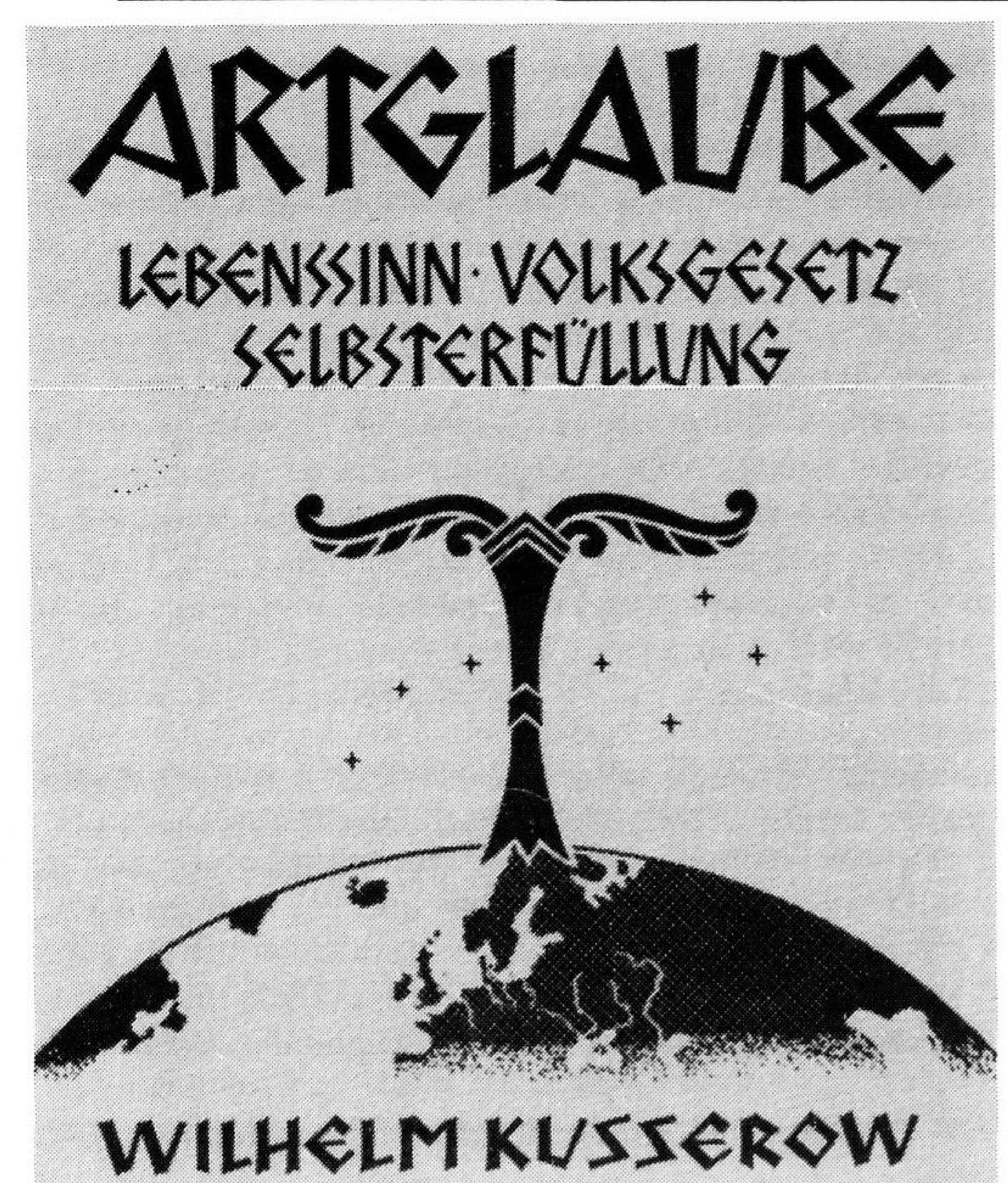


Zeitschrift der militanten VSBD

mit folgenden Gedichtzeilen aus dem Jahr 1914 zitiert:

"Wenn Deutschland seine Sendung vergißt, Wenn Deutschland, nachdem es die Meere befahren,/ Den Völkern nicht mehr Führer ist/ Zum Innenland des Unsichtbaren,/ Zu Gott und Geist - Wenn Deutschland versäumt seine heilige Sendung,/ Und nicht mehr vorausgeht im Drang nach Vollendung,/ Wenn es vom Haß, der in Spannung hält/ Die eiserne Welt,/ Zu neuer Liebe den Weg nie weist - So wisse: dein Glück und/ dein Reich zerschellt."

Lienhards Verse sind ein illustratives Beispiel für den Charakter der völkischen Ideologie als radikalster Ausprägung einer säkularisierten Form apokalyptischer Erneuerungserwartung. Daß die Deutschen ein aufsteigendes Volk seien - wie Fidus formuliert hatte - diese Einsicht hatte schon vor 1914 zur Überzeugung vieler Wilhelminer gehört. Der Erste Weltkrieg selber war - insbesondere von Angehörigen des Bildungsbürgertums - zum "heiligen" Krieg stilisiert worden, zum Kampf des "deutschen Geistes" gegen die "materialistische Händlergesinnung" der westlichen Staaten. In der Euphorie des August 1914 schien die Geschichte selbst an ihr Ende gekommen, das mythisch überhöhte Deutschtum war im Begriff, die politische, vor allem aber die spirituelle Weltherrschaft anzutreten. Die "deutsche Seele", vielfach verwundet durch die Fährnisse der industriellen Moderne, ging augenscheinlich der Gesundung entgegen. - Daß dies im und durch den Krieg immer noch nicht gelungen war, zeigen die Anstrengungen des "Bundes völkischer Lehrer" der Mitte der 20er Jahre als Ziel jeder "deutschbewußten" Erziehung klarstellt: "das deutschvölkische Hochziel der Erziehung ist der deutschbewußte, sittlich religiöse Charakter. Er hat sich zu gründen auf die wahrhaft deutsche, nur arischem Blut eigene, ideale Weltanschauung, die ihre Kraft empfängt aus den in Religion, Geschichte, Recht, Sitte und Sage niedergelegten sittlichen Anschauungen unseres Volkes. (...) Im Mittelpunkt des Religionsunterrichtes steht die heldische reine Jesuslehre."



Veröffentlichung der Artgemeinschaft, einer Nachfolgeorganisation der Nordischen Glaubensgemeinschaft

Die Kontinuität bestimmter Denkfiguren der völkischen Ideologie zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik, sowie die Verwandtschaft mit neureligiösen Diskursen auch auf der politischen Linken, wird an diesen wenigen Zitaten deutlich. Besonders zu betonen ist aber die zunehmende Radikalisierung und antidemokratische Verhärtung völkischer Diskurse. Die politischen Spannungen der unmittelbaren Vorkriegszeit nämlich, der Erste Weltkrieg selber und die anschließenden innen- wie außenpolitischen Schwierigkeiten Deutschlands, verstärken nicht nur die konkreten Krisenphänomene des gesellschaftlichen Prozesses, sondern radikalisieren die Ängste zahlreicher Zeitgenossen vor der modernen Zeit in gleichem Maße, wie sie für eine Inflation der Rettungsprogramme aus der Katastrophe der Gegenwart sorgte. Die "deutsche Apokalypse" des August 1914 kehrt wieder in den Erlösungshoffnungen der unmittelbaren Nachkriegszeit. Als Kompensation negativer historischer Erfahrungen bot sich die Mythisierung des Geschichtsprozesses an, mit der man dessen angebliche Fehlentwicklung geistig zu überwinden trachtete. Diese - später so genannte - "antihistorische Revolution" im Nachkriegsdeutschland brachte die Wiederkehr mythischer Denkstrukturen, die Hinwendung zur Mystik, sowie besonders zu östlicher Philosophie und Religion. Oftmals trat dabei an die Stelle echter Religion das Erlebnis der Religiosität unter der Maßgabe: "Es ist nicht so sehr von Belang, woran wir glauben; nur daß wir glauben." - so meinte zumindest ein gewisser Joseph Goebbels in seinem autobiographisch gefärbten Jugendroman "Michael"! - Eine derartige Glaubenshaltung erinnert im übrigen an die sich jeweils wechselnden Inhalten sich verschreibende Religiosität innerhalb der heutigen New-Age-Bewegung. Neben dem auch heute noch bekannten Werk Oswald Spenglers (1180-1936), "Der Untergang des Abendlandes. Grundrisse einer Morphologie der Weltgeschichte" (München 1918), erschienen in den Jahren kurz nach Ende des Ersten Weltkriegs z.B. der programmatische Aufsatz des Alldeutschen Verbands-Vorsitzenden Heinrich Claß (1868-1953) "Des deutschen Volkes Wiedergeburt", vom deutschnationalen Publizisten Wilhelm Stapel (1882-1954) das Manifest "Volksbürgerliche Erziehung" (Hamburg 1917 u.ö.), oder aber Bücher mit Titeln wie "Die Auferstehung des Abendlandes" oder "Die Rettung des Abendlandes. Eine Nibelungengeschichte aus der Gegenwart". - In zahlreichen zeitgenössischen Publikationen geht es immer wieder auch um die Beschwörung einer notwendigen religiösen Neuorientierung, die der gesamtkulturellen Regeneration vorauszugehen habe. Nach "dem Tod Gottes" - so ein Ausspruch Friedrich Nietzsches - kam eine kirchlich gebundene Religiosität für viele Zeitgenossen kaum noch in Frage. Der Wunsch nach "Rückbindung" - wie man das Wort "religio" in völkischen Kreisen oftmals übersetzte - wandte sich spezifisch deutschen Wurzeln zu. Diese Sinnsuche stärkte zwar auch die herkömmlichen Großkirchen, in den Augen vieler Menschen jedoch waren Protestantismus und Katholizismus am Niedergang des Deutschtums beteiligt, hatten diesen zumindest nicht verhindert. Der charismatische Wandervogelführer und völkische Religionsgründer Otger Gräff (1893-1917), der später bei den jugendbewegten "Nordungen" als Märtyrer für die deutsche Sache kultische Verehrung genoß, schrieb dazu: "Trotz all der berühmten 'Fortschritte', der vielgepriesenen 'Kulturerrungenschaften' haben wir 'Schaden an unserer Seele' genommen, an unserer deutschen Seele! Sagt man, daß sei doch nicht die Schuld des Christentums? Nun, dann sage ich, es hat zum mindesten vollkommen versagt, hat uns nicht nur nicht besser machen könne, als wir einst 'Heiden' waren; es hat nicht einmal verhindern könne, daß wir schlechter wurden."

Zwischen einer "Germanisierung des Christentums" und der vollkommenen Abkehr vom "römisch-jüdischen" Glauben existierten zu dieser Zeit alle Spielarten einer deutschbewußten religiösen Renaissance, die sich in zahlreichen, miteinander heftig konkurrierenden Bünden, Gruppen und Verlagen außerhalb der herrschenden Parteien, Verbände und Kirchen organisierte. Arthur Bonus' (1864-1941) Buch "Zur Germanisierung des Christentums" (Jena 1911) und Wilhelm Schwaners (1863-1944) "Germanen-Bibel. Aus den heiligen Schriften germanischer Völker" (Berlin 1904 u.ö.) etwa wurden, neben den Werken Lagardes, Chamberlains und anderer, zu den Grundschriften deutsch-christlich, noch kirchennaher Bestrebungen wie der "Deutschkirche" Joachim Kurd Niedlichs (1884-1928), der sog. "Dorfkirchenbewegung" und anderer Gruppen um die Pastoren Gottfried Traub (1869-1956), Wilhelm Erbt (1876-1944), Friedrich Andersen (1860-1940), Julius Bode und den Schriftsteller Max Maurenbrecher (1874-1930). In dieser Tradition stehen auch die späteren "Deutschen Christen", die nach 1933 für kurze Zeit Bedeutung erlangt haben. - Radikal antichristlich, antikirchlich und vor allem antikatholisch waren der "Bund für deutsche Weltanschauung", das "Kristgermanentum", der "Nordische Kampfbund", die "Deutsche Erneuerungsgemeinde" des antisemitischen Verlegers Theodor Fritsch (1852-1933) aus Leipzig, der "Treubund für aufsteigendes Leben" (=Tefal) des Stuttgarter Nacktkultur-Aktivisten und Verlegers Richard Ungewitter (1868-1958), die "Sonnenkirche" des Hannoveraner Nervenarztes Georg Lomer (1877-1957), Rudolf John Gorslebens (1883-1930) "Edda-Gesellschaft", die "Ariosophische Gesellschaft" des Verlegers Herbert Reichstein (1892-1944) aus Pforzheim, das sog. "Geistchristentum" des Radikal-Rassisten und frühen NSDAP-Mitglieds Arthur Dinter (1876-1948), die "Germanische Glaubens-Gemeinschaft" Ludwig Fahrenkrogs, Otto Sigrid Reuters "Deutschgläubige Gemeinschaft", die innerhalb der Jugendbewegung entstandenen "Nordungen", Wilhelm Kusserows (1901-?) "Nordische Glaubensgemeinschaft" sowie zahlreiche kleinere Splitterbünde und Gruppen, die sich oftmals um bestimmte Zeitschriften und Verlagshäuser versammelt haben. - Zeitschriften- und Buchverlage sind im übrigen bis heute die wichtigen Kristallisationskerne neuheidnischer Gruppen, die deren Vernetzung und die Kontinuität ihres Denkens und Handelns meist besser garantieren können als kurzlebigere politische Organisationsformen.

Für die Masse der Anhänger völkischer Religiosität zwischen den Weltkriegen war der selbsterteilte Auftrag zur Rettung des deutschen Volkstums ausdrücklich unpolitisch definiert. Neue kollektive Identitäten wie "Volk", "Gemeinschaft", "Bund" und "Orden" formulierten sich in Abkehr von der Realität der Weimarer Republik. Andererseits aber waren damals wie heute bei der Suche nach den "Wurzelgründen" individueller und gesellschaftlicher Existenz immer auch handfeste politische Überzeugungen im Spiel, denn im Denken der meisten Völkischen waren "deutsche Wiedergeburt", "deutsche Weltgeltung" und die "abendländische Sendung des Nordens" zusammengehörige Begriffe. Daher lassen sich völkisch-religiöse Ideen bis ins Zentrum eigentlich politischer Bewegungen hinein verfolgen. Innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung war es Alfred Rosenberg (1893-1946), der im "Mythus des 20. Jahrhunderts" (München 1930) gar von der Errichtung einer "deutschen Volkskirche" träumte: "Heute erwacht aber ein neuer Glaube: der Mythus des Blutes, der Glaube, mit dem Blute auch das göttliche Wesen des Menschen überhaupt zu verteidigen. Der mit hellstem Wissen verkörperte Glaube, das das nordische Blut jenes Mysteriums darstellt, welches die alten Sakramente ersetzt und überwunden hat. (...) Eine deutsche Volkskirche ist heute die Sehnsucht von Millionen. (...) Zwischen den Heerscharen des marxistischen Chaos und den Gläubigen der Kirchen irren Millionen umher: innerlich vollkommen zerstört, verwirrenden Lehren und gewinnsüchtigen 'Propheten' ausgeliefert, zum großen Teil aber auch von starker Sehnsucht nach neuen Werten und neuen Formen getrieben. (...) Der Sehnsucht, der nordischen Rassenseele im Zeichen des Volksmythus ihre Form als Deutsche Kirche zu geben, das ist mit die größte Aufgabe unseres Jahrhunderts."

(Wird in der nächsten Ausgabe fortgesetzt)

Neuheidentum und neugermanische Glaubensgemeinschaften

Ausgangs des 2.Jahrtausends ist in Westeuropa eine zunehmende anti-christliche Religiosität zu beobachten. Neuheidnische Vorstellungen (Abgrenzung von christlicher Religion und Kultur durch bewußte Rückkehr zu vor-oder außerchristlichen Werthaltungen und Glaubensvorstellungen) unter Rückgriff auf das Germanentum ziehen immer größere Kreise. Anton Maegerle stellt einige der heute aktiven Gruppen vor:

Der "Armanen-Orden"

Begonnen hat der Gründungsboom neugermanischer Glaubensgemeinschaften in den 70er Jahren. Die bedeutendste und dem Rechtsextremismus eindeutig zuzuordnende Gruppe ist der in Köln ansässige "Armanen-Orden" (AO). An der Spitze der hierarchisch gegliederten Organisation, deren Glaubensinhalte durch einen extrem primitiven Rassen-Okkultismus mit theosophischem Einschlag geprägt sind, steht der Großmeister **Adolf Schleipfer**.

Hervorgegangen ist der AO, "die älteste abendländische Mysterienschule" (Eigenwerbung) aus der 1969 von Schleipfer wieder ins Leben gerufenen "Guido-von-List-Gesellschaft". Nach **List**'s Auffassung, der 1919 das irdische Dasein verließ und in den germanischen Götterhimmel aufgestiegen ist, waren die Armanen die Führer und Lenker der Germanen. Im Mittelpunkt von List's Lehre, die geistesgeschichtlich dem Präfaschismus zuzuordnen ist, steht eine mystische Überhöhung der "arischen Rasse".

Der Ordenssatzung des AO (" der AO ist das germanische Volkstum als Hauptstamm der weißen Rasse".), dessen Glaubensauffassung auch die Reinkarnationslehre einschließt, ist zu entnehmen, daß der Orden "für die wahre Erkenntnis des göttlichen Universums, auf dem Fundament der alt-arischen Gotteserkenntnis" sowie für "die Wiedergeburt einer Lebensgestaltung auf der Grundlage der naturgesetzlichen Weltordnung" kämpft. Unter dieser versteht Schleipfer die prinzipielle Ungleichheit der Menschen, Andersdenkende werden als "degenerierte und dekadente Zivilisationskranke" tituliert. Gefeiert werden vom AO, der der Runenmagie huldigt, u.a. die Wintersonnenwende und die Geburt des Sonnengottes Baldur.

Im 23.Jahrgang erscheint "Irminsul. Stimme der Armanenschaft", in dessen Nr.1/1991 Schleipfer den Zerfall des sowjetischen Machtimperiums inhaltsreich analysiert: "Der zunehmende Heimdal (=Wassermann)-Einfluß, der astrologisch gesehen, als Ursache für das Zerbrechen starrer Machtblöcke steht, fördert zunehmend Demokratisierungsprozesse und Individualisierungsbestrebungen." Erfinder "der echten Demokratie" sind für ihn "unsere" germanischen und keltischen Vorfahren.

Über Schleipfer's "Versandbuchhandlung-Verlag-und Antiquariat" sind abstruse Werke wie die wissenschaftlich völlig schwachsinnige Welteislehre von **Hanns Hörbiger** (1860-1931) zu beziehen. Hörbiger erklärt darin die Weltentstehung aus dem Widerstreit von Glut und Eis. Anhänger dieser Lehre war **Heinrich Himmler**, Reichsführer der SS, der sich selbst für die Reinkarnation von Heinrich I., dem 1. deutschen König (919-936 u.Z.), hielt.

Das Buch "Heide sein. Die europäische Glaubensalternative" des führenden Ideologen der westeuropäischen Neuen Rechten, des Franzosen **Alain de Benoist**, ist über Schleifer ebenso erhältlich wie auch Kopien der "Ostara-Hefte" eines **Lanz von Liebenfels** (1874-1954). Der Antisemit Liebenfels, der schon 1907 die Hakenkreuzfahne auf seiner Burg Werfenstein hißte, gilt als maßgeblicher Inspirator Hitlers. Hier ein Auszug aus einem von Schleipfer vertriebenen Ostara-Heft ("Besondere rassenkundliche Somatologie"; Nr.30, 1914): "Heiraten sich z.B. zwei Blonde, so ist dem Weib der Verkehr mit allen schwarzen Männern nur mit großem Risiko möglich. Daher empfiehlt schon die Klugheit die Gleichrassenehe, da sie dem Mann ein scharfes Kontrollmittel an die Hand gibt."

Die "Arbeitsgemeinschaft naturreligiöser Stammesverbände Europas"

Als Netzwerk verschiedenster neuheidnischer Gruppierungen in Westeuropa fungiert die 1990 gegründete "Arbeitsgemeinschaft naturreligiöser Stammesverbände Europas" (ANSE), die **Sigrun Schleipfer** führt. Schleipfer, die sich Freifrau von Schlichting nennt und getrennt von ihrem 2.Mann A.S.lebt, ist neben ihrer Eigenschaft als Großmeisterin des AO auch aktives Mitglied der 1957 gegründeten Goden, einer völkisch-religiösen Sekte. Daneben findet sie noch Zeit, die 1977 ins Leben gerufene "Gemeinschaft zur Erhaltung der Burgen e.V." (Organ: Burgnachrichten) zu leiten. Selbstredend ist sie auch Mitglied in der "Deutschen Burgenvereinigung e.V."

Die extrem kirchenfeindliche ANSE (Sitz: Ammerland/Bayern), die monatlich das Blättchen "Huginn und Muninn" (Inserent darin ist u.a. "Der Schlesier") publiziert, fungiert als Plattform für die Vereinigung aller heidnischen Gruppen in Europa.

Regelmäßig wartet die ANSE mit dem Besuch von Kultstätten, Lehrgängen für Symbolkunde, Runenlehrgängen oder Stammestreffen auf. Anzeigen und Kurzdarstellungen verschiedenster neuheidnischer Gruppierungen belegen, daß die ANSE weltweite Kontakte unterhält.

Durch die vielfältigen Aktivitäten und die weite Verbreitung ihrer Zeitschriften "Irminsul" und "Huginn und Muninn" (inseriert wird u.a. in "Nation + Europa", dem ältesten bundesdeutschen rechtsextremen Periodicum mit einer geschätzten monatlichen Auflage von mindestens 15.000 Exemplaren) üben Adolf und Sigrun Schleipfer eine große Bedeutung im neuheidnischen Netz aus:

Kontakte bestehen beispielsweise zur "Heidnischen Gemeinschaft e.V."

Die "Heidnische Gemeinschaft e.V."

Ihr sechsjähriges Bestehen (Eintrag ins Vereinsregister: 25.10.1985) feiert im Oktober 1991 die Berliner "Heidnische Gemeinschaft e.V." (Vorläuferorganisationen: Germanisches Heidentum in Berlin, Heidnischer Gesprächskreis, Heidnische Glaubensgemeinschaft, Heidenspaß-Kreis u.a.), deutsche Sektion der isländischen Asatruarmenn (=den Asengöttern treue Menschen) und Dachorganiation aller Heiden des wendisch-semnonischen Stammesgebietes.

Nach Eigenangaben praktiziert die HG "das Heidentum der vorchristlichen Kulturen Mitteleuropas". Als Quellen dienen die beiden Edda-Handschriften, Sagen, Märchen und Berichte antiker Autoren.

Die Runenenthusiasten schneidern Gewänder aus natürlichen Stoffen, wie sie auch in der heidnischen Zeit getragen wurden, singen alte Volkslieder, musizieren mit Nachbauten mittelalterlicher Instrumente, pflegen Volkstänze oder benutzen zuweilen die gotische Schrift. Daneben werden auch alte Waffen hergestellt und man befaßt sich intensiv mit den Einweihungs-und Kriegerriten der Vorfahren. Trainiert wird der Kampf mit Waffen wie Schwertkampf, Stockfechten, Axtwerfen, Bogenschießen zum Aufbau eines "esoterischen Kriegertums". Regelmäßig treffen sich die Heiden zu speziellen Kursen in der Natur, z.B. Schamanismus, magische Naturheilkunde, Runenkunde. Heidnische Hochzeiten werden gefeiert. Eine vorherige standesamtliche Trauung ist nicht nötig. Geheiratet wird nach uraltem heidnischem Ritus, wobei auch die Vielehe eingegangen werden kann. Mit Stolz vermerkt die Gemeinschaft in einer Selbstdarstellung im "Runenstein. Rundbrief für Heidentum und Umweltschutz": "1990 wurden zwei Neugeborene mit heiligem Osterwasser heidnisch den Göttern geweiht."

Weitere Aktivitäten dienen der Säuberung von Kultstätten, der Errichtung von Altären in den Heiligtümern, Fahrten zu Heiden nach "Mitteldeutschland"(!), der Übersetzung von Zaubersprüchen des 8.-15.Jhrs oder dem Herstellen des regelmäßigen Rundbriefes "Der Runenstein. Rundbrief für Heidentum und Umweltschutz".

Der Runenstein, von **Michael Pflanz** herausgegeben, beschwört die Vielfalt der göttlichen Kräfte und heidnischen Kulte ("das

Essen der dem Wotan heiligen Gans") und gibt heidnischen Gruppen die Möglichkeit der Selbstdarstellung. So u.a. dem "Urlagu-Verbund" (Hildesheim), der am indogermanischen Brauchtum anknüpfen möchte: "Urlagu will mit dem Vorurteil, unsere Vorfahren -Germanen und Kelten- wären stumpfsinnige, halb nackte Wilde gewesen, Schluß machen. Die Römer sind auch nicht das Maß aller Dinge."

Lapidar bekennt sich Pflanz im "Runenstein" zum Revanchismus: "Die fälschliche Bezeichnung Ostdeutschlands als Polen (...)

Drei Bedingungen müssen erfüllt werden, um als 1.Gode der "Heidnischen Gemeinschaft" und Wicca-Priester anerkannt zu werden:

- die Wissensprüfung vor dem Rat der Goden bzw. der Gemeinschaft
- die Wahl auf dem Thing durch die Heiden
- die Weihe durch 3 andere Priester

Die Bedeutung der Gemeinschaft liegt in der Herausgabe einer "Germanischen Reihe", für die u.a. in in dem explizit rechtsextremen Blättchen "Huginn und Muninn" geworben wird.



Prospekt für Hermann Wirth's Werke, die heute wieder gelesen werden. Hermann Wirth war erster Präsident von Himmlers "Stiftung Ahnenerbe".

bedauern wir und bitten das Versehen zu entschuldigen."

Laut Statut distanziert sich die HG, ein als gemeinnützig eingetragener Verein, jedoch vom "Faschismus und Rassismus" und verlangt von den Mitgliedern eine entsprechende Erklärung.

Vorträge der HG finden zuweilen in einem Berliner Rathaus statt, das die Stadt -wegen der staatlichen Anerkennung der heidnischen Vereinigung- kostenlos abtreten muß.

Intensiv befaßt sich die HG mit germanischer, ostgermanischer und keltischer Mythologie, "wobei die germanische Mythologie den Schwerpunkt bildet".

Die Heidnische Gemeinschaft (Jahresmitgliedsbeitrag: DM 60,-), Dachorganisation der Berliner Heiden, charakterisiert sich selbst als "eine Vereinigung, deren Mitglieder sich zu den heidnischen Naturgöttern und zur germanisch-slavisch-keltischen Naturreligion bekennen. Wir versuchen, die Naturverbundenheit unserer Vorfahren wieder so zu leben, wie es uns in den mythologischen Quellen überliefert ist."

In dieser "Germanischen Reihe" liegen bisher Broschüren zu Themen vor, wie: Runen, Germanische Feste, Kultstätten, Wiedergeburtsglaube, Heldenmythen, Thule, Atlantis.

Bei der pseudowissenschaftlichen Verarbeitung greifen die Autoren **Geza von Neményi**, aktives Mitglied des "Armanen-Ordens" und Michael Pflanz, vom Landesverband der Grünen Mitte der achtziger Jahre ausgeschlossene Mitglieder, gerne auf Literatur der intellektuellen "Neuen Rechten" zurück: Besonders beliebt sind Werke von **Jacques de Mahieu** und **Jürgen Spanuth**. Bücher, die im Tübinger Grabert-Verlag, Hort des bundesdeutschen Revisionismus, erschienen sind. Zitiert wird aber auch die rassistische "Nordische Zeitung" aus dem direkten Umfeld des Hamburger Rechts-Anwaltes **Jürgen Rieger**, des pausenlosen Verteidigers bei Prozessen gegen alte und neue Rechtsextremisten.

Die "Germanische Glaubens-Gemeinschaft"

Aufs engste ist die HG mit der "Germanischen Glaubens-Gemeinschaft"(GGG) verbunden (gleiches Postscheckkonto wie die HG), die seit 1991 die 4 mal jährlich (Preis: DM 15,-) erscheinende Zeitschrift "Germanen-Glaube" herausgibt.

Die enge personelle Verbundenheit von "Heidnischer Gemeinschaft" und "Germanischer Glaubens-Gemeinschaft" verkörpert der Dipl.-Designer Géza von Neményi. Der 1958 in Köln geborene Vé-Gode (= Gode eines Heiligtums) Neményi, gilt als geistiger Schöpfer und Organisator beider germanophiler Gruppierungen.

Direkter Vorläufer der heutigen GGG ist die 1907 von dem Kunstprofessor **Ludwig Fahrenkrog** (20.10.1867-27.10.1952) gegründete gleichnamige Gemeinschaft.

Fahrenkrog veröffentlichte 1906 das Buch "Geschichte meines Glaubens", das als erster Impuls für die Gründung einer Germanischen-Glaubens-Gemeinschaft zu sehen ist. 1908 wird die "Germanisch-deutsch-religiöse-Gemeinschaft" von ihm ins Leben gerufen, die sich am 3.8.1913 auf dem Allthing (=ordentliche Mitgliederversammlung) ihren heutigen Namen gibt.

Wie die HG grenzt sich auch die GGG offiziell vom "brauen Rand" ab: "Berichte und Gruppen, die rechtsradikale Zielsetzung vertreten, kommen bei uns allerdings nicht zu Wort.".

Nichtsdestotrotz weist der"Germanen-Glaube" auf Veranstaltungen der ANSE, des "Armanen-Ordens" oder des "Bundes der Goden" hin, der sich zur Arbeitstagung vom 18.-20.Oktober d.J. im nordbadischen Weinheim trifft.

Das "Fest der Leinernte"

Kräftig geworben wird bei verschiedensten heidnischen und germanophilen Gruppierungen -so auch im Runenstein- jetzt bereits für das "Fest der Leinernte", das 1994 zum zweiten Mal in der Bundesrepublik zelebriert wird.

Beim 1.Treffen fanden 1982 19 verschiedene Heidengruppen ihren Weg auf die Burg Gleiberg bei Gießen.

Erwähnt wird das "Fest der Leinernte", das im zweijährigen Abstand in verschiedenen Ländern Westeuropas (1990 in Großbritannien, 1992 in Frankreich) ausgetragen wird, schon um das Jahr 986 in der älteren EDDA.

Freifrau von Schlichting, maßgeblich an der Organisation der Treffen beteiligt: "Das Fest der Leinernte bedeutete sinnbildlich die Verbundenheit der Menschen mit den Göttinnen und Göttern zur Errichtung einer Kultur. Dieses Fest setzt Spindeln, Spinnräder, Webstühle ... Ansässigkeit und genügend Bevölkerung voraus, so daß es im keltisch-germanischen Abendland als ein Fest des Bestehens ältester Kultur und Religion gefeiert wurde."

Europa muß "sich gegen die Übermacht der vielen Riesen in allen seinen Stammesgebieten aus eigener urabendländisch-europäischer Wurzel wieder behaupten und durchsetzen".

Deshalb "bittet es alle weißen Menschen guter Art um ihre Mithilfe." Schlichting weiter: Deshalb ist es "die größte Infamie, die sich denken läßt, (geistiger Holocaust), Völkern mit Gewalt und unter ständiger Todesandrohung, die Verbindung zu ihrer Religion zu nehmen, wie es uns Abendländern in den vergangenen 1200 Jahren ergangen ist."

Fazit: "Brauner Sumpf" in alten Gewändern!

Roger Niedenführ

Das Neue Bewußtsein - Modell für einen mittelständischen Faschismus

Mit Hilfe deutscher Kapitalfraktionen und regierungsamtlicher Stellen gelingt es anthroposophischen Kreisen immer besser, ihre gesellschaftspolitischen Projekte voranzubringen. Das Engagement des Siemens-Vorstandes in dieser Richtung ist allgemein bekannt. Aber auch die Krupp-Stiftung, das Bankhaus Trinkhaus & Burckhardt, die Hussel Holding AG und der Bertelsmann-Konzern unterstützen anthroposophische Vorhaben.

Neuerdings werden von Deutschland aus gesteuerte anthroposophische Projekte im ehemaligen Ostblock vom Auswärtigen Amt der BRD mit EG-Geldern vorangetrieben. Besonders scharf ist die Konkurrenz zwischen verschiedenen esoterischen Gruppen in der ehemaligen DDR. Hier sicherten die Evangelische Kirche, die ehemalige Akademie der Wissenschaften, bürgerliche Künstler und Intellektuelle und nicht zuletzt die Stuttgarter Buchhandlung Engel & Streffer den Anthroposophen einen beträchtlichen Vorsprung.

Innerhalb der "Bürgerbewegung" Neues Forum existieren starke esoterische Einflußgruppen, was schließlich 1990 zur Bildung einer "Fachgruppe Neues Bewußtsein" führte, wobei, wie der evangelische "Materialdienst" andeutete, Verbindungen zur westdeutschen Partei "Neues Bewußtsein" bestehen könnten. Weitaus realistischer ist aber die Vermutung, daß innerhalb des Neuen Forums mindestens zwei esoterische Fraktionen um die Vorherrschaft kämpfen: Sannyasins und Anthroposophen. Erstere stehen offenbar in Verbindung mit der westdeutschen, von Bhagwan-Anhängern produzierten New Age-Zeitschrift "Connections", wie mehrere Artikel über das Neue Forum belegen. Die zweite Gruppe dürfte sich aus von der "Allgemeinen Anthroposophischen Gesellschaft" (AAG) unabhängigen Anthroposophen zusammensetzen. Die zentralen Persönlichkeiten scheinen dort Bärbel Bohley und der Ostberliner Rechtsanwalt Rolf Henrich zu sein.

Für das gesamte Bundesgebiet ist zwar festzustellen, daß die gesellschaftspolitischen Aktivitäten esoterischer Gruppen - und hier besonders der anthroposophischen - zunehmen. Jedoch bestimmt harte Konkurrenz das Verhältnis zueinander. Die "unabhängigen" Anthroposophen zeichnen sich durch zahlreiche Spaltungen und Eifersüchteleien untereinander und ein gewisses Spannungsverhältnis zur AAG in Dornach (Schweiz) aus. Proletarische Schichten haben und werden diese anthroposophischen Cliquen auch in Zukunft nicht massenhaft erreichen können, sondern eher, wie bisher schon, den Mittelstand und das Bildungsbürgertum (LehrerInnen, PädagogInnen, PsychologInnen und andere AkademikerInnen).

Die Partei "Neues Bewußtsein" ist eine organisierte Fraktion von Esofaschisten, die schon seit längerem im Bundesgebiet operiert. Sie wurde im Oktober 1983 unter dem Namen "Esoterische Union" gegründet. Dem anthroposophisch orientierten Kern schlossen sich bald darauf auch theosophische und Christlich-spiritualistische Gruppen an. Der Versuch, die für die Teilnahme an der Europawahl vom 17. Juni 1984 erforderliche Anzahl von 4.000 Unterschriften beizubringen, scheiterte. An oberster Stelle der Kandidatenliste stand damals der Lebensreformer und christlich-fundamentale Spiritismusanhänger **Rudolf Passian**, der Mitte der 70er Jahre noch im Arbeitskreis "Psi und christlicher Glaube" der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen aktiv war. Passian ist deshalb von besonderem Interesse, weil er seine esofaschistischen Anschauungen kürzlich in einem bei Knaur erschienenem Taschenbuch offengelegt hat.

Gugenberger und Schweidlenka vermuten, daß das "Neue Bewußtsein" von Unternehmen gesponsort wird. In jedem Fall muß die Partie über beträchtliche finanzielle Mittel verfügen, da sie es mit extrem wenigen Mitgliedern schafft, bundesweit zu agieren, eine Vielzahl von Schriften zu verbreiten und teure Hotels für Veranstaltungen anzumieten. Zwar blieben Wahlerfolge bisher aus, doch ist die Partei Ende der 80er Jahre so stark geworden, daß sie die zur Teilnahme an Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen notwendigen Unterschriften zusammenbringen konnte und sich nun regelmäßig an großen Wahlen beteiligt. Das "Neue Bewußtsein" ist eng mit dem "Komitee zur Überwindung der materialistischen Weltanschauung" verbunden, dessen regelmäßig erscheinende Schriftenreihe "bewußter denken" als "parteinahes Informationsblatt" bezeichnet wird.

Obwohl sein Name in den dem Bundeswahlleiter übergebenen Unterlagen nicht auftaucht, ist der Bundessekretär der Partei, **Friedhelm Wegner**, die führende Persönlichkeit. Er ist auch Vorsitzender des "Komitees zur Überwindung der materialistischen Weltanschauung". Die thematischen Beiträge in "bewußter denken" werden auschließlich von Wegner verfasst. Auf seine Initiative gründete sich 1978 die GLU (Grüne Liste Umweltschutz) Nordrhein-Westfalen, deren Vorsitzender Wegner selbst wurde. Nachdem auch "linke" Kräfte bei den Grünen Fuß fassten, geriet Wegner in Konflikt mit Teilen der Grünen, in dessen Verlauf er öffentlich erklärte, "die GLU werde mit Kommunisten, Schwulen und Kriminellen nicht zusammenarbeiten". Schließlich verließ er 1980 die Grünen.

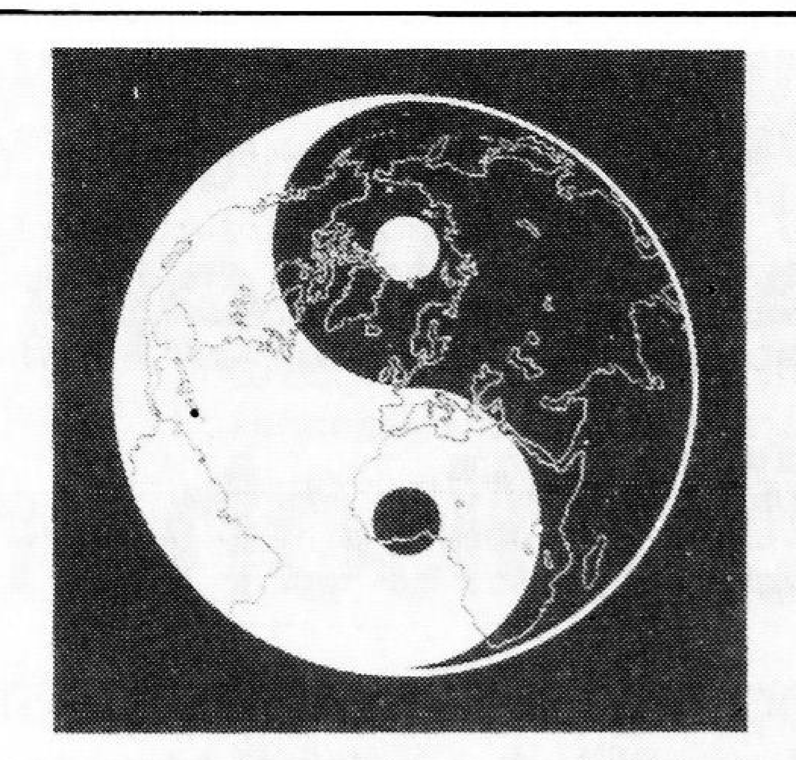
Schon beim ersten Lesen der Parteiveröffentlichungen und verschiedener Ausgaben von "bewußter denken" fällt die Dominanz anthroposophischer und thesosophischer Inhalte auf. Neben obligatorischen Bibel- und Goethe-Zitaten sind die häufige Erwähnung **Rudolf Steiners**, der Waldorfpädagogik und Referenzen an die Gründerin der Theosophie, **Helena P. Blavatsky**, nicht zu übersehen. Reinkarnation, Karma und esoterischer Evolutionismus sind die zentralen Anschauungen in deren Sinne die Wirklichkeit interpretiert wird.

Das einzige Ziel des Menschen ist danach die individuelle spirituell-übersinnliche Vervollkommnung bis hin zur Wiedervereinigung mit dem göttlichen Urkosmos (der "geistigen Welt"). Haupthindernis dabei sei jede Art von Materialismus, insbesondere der Marxismus, denn nur durch fortschreitende Religiosität und deren praktischer Umsetzung könnten sich Mensch und Gesellschaft verbessern. Materialistisch begründetes Denken und Handeln werden dagegen als Ursache aller Übel und Verbrechen gesehen, die schließlich zur totalen Katastrophe, zum Weltuntergang führen. Deshalb müßten wieder religiöse Grundsätze Politik und Alltag bestimmen.

Demokratie und Pluralismus sind dabei entbehrlich; denn wichtige Entscheidungen seien durch "Intuition" besser zu lösen, als durch "heftige Debatten und endlose Meinungsverschiedenheiten." Kritikfähigkeit und die Wahrnehmung kollektiver Interessen seien dagegen Ausdruck des alten materialistischen Denkens. Die äußere Welt stelle nur ein gerechtes Abbild der übersinnlichen Verfassung der Menschen dar, weshalb Gesetze notwendig seien, um spirituell niedrig stehende Menschen zur Raison zu bringen. "Strafgesetze ... haben letztlich den Sinn, dem innerlich unselbständigen Menschen eine Hilfe zu sein, d.h. sie vor karmischen Belastungen weitgehend zu bewahren." Deshalb seien Zwangsmaßnahmen solange notwendig, bis sich das Kollektiv des Volkes spirituell weiterentwickelt habe. Besonders das Privateigentum müsse aus spirituellen Einsichten heraus geschützt werden, aber nur in bezug auf Wirtschaftsbetriebe, weshalb die Unternehmergewinne nicht gesetzlich beschnitten werden dürften, aber die "Erhöhung der Gehälter, Löhne, Pensionen und Renten" für bestimmte Zeiträume "ausgesetzt" werden sollte.

Wird man zum Opfer von Gewalt oder Ausbeutung, so habe man sich dieses Schicksal durch Verfehlungen in früheren Leben verdient, denn: "Wen Gott liebt, den züchtigt er. Für einen spirituell orientierten Menschen heißt das: Die vom Göttlichen geschickten, aber selbstverursachten Schicksalsschläge

ESOTERIK



Am 18. Juni

Europawahl:

Bewußtsein wählen

Liste 20

Neues Bewußtsein

Zur letzten EG-Wahl trat das "neue Bewußtsein" unter diesem Markenzeichen an.

machen uns frei von negativem Karma, von dem wir uns allein nicht befreien können."
Auch Krankheiten, Unfälle und Behinderungen seien äußere Merkmale negativen Karmas, göttlicher Gerechtigkeit und Strafe. Gerade in körperlichen Defekten und Abweichungen zeige sich im allgemeinen die negative und niedrige Spiritualität eines Menschen. Jede Widerständigkeit gegen äußere, materielle Tatsachen und Entwicklungen baue "negatives Karma" auf, wie zum Beispiel das Absägen von Strommasten, Gewalt gegen Personen und Sachen, Stehlen, aber auch Abtreibung und Empfängnisverhütung.
Das Karmagesetz gelte jedoch nicht nur für Einzelne, sondern auch für ganze Völker, die es im übrigen zu erhalten gelte.
"Besteht eine Familie, eine Gruppe, ein Verein, eine Partei oder ein Volk vorwiegend aus karmisch stark belasteten Menschen, so bleiben große Schwierigkeiten und schwere Schicksalsschläge, wozu unter anderem auch Kriege zählen, nicht aus."
So sieht ein bürgerlich faschistisches Geschichtsbewußtsein aus. Bestand die KPD vor ihrem Verbot vielleicht doch nur aus Schurken? Was hatten die Insassen der KZs des Nationalsozialismus in ihren Vorleben angestellt? Reichtümer als Belohnung für Höhere Bewußtseinszustände und abhängige Arbeit als spiritueller Sühneakt? Von "ora et labora" bis "Arbeit macht frei" ist alles drin im Füllhorn göttlicher (und bürgerlich-kapitalistischer) Gerechtigkeit, denn "die Regierung entspricht immer dem Volkskarma, das heißt sie handelt dementsprechend". Esoteriker hätten hingegen nichts zu befürchten, da sie "von einem Schutzwall umgeben" seien, "an dem alle negativen Gedanken abprallen und zu ihren Urhebern zurückkehren" würden. Sozialleistungen und andere Hilfen für Schwache und Arme sollten nach Möglichkeit unterbleiben, weil damit in das Karma anderer eingegriffen werde und sie bei ihrer Aufgabe behindert würden, "innerlich" und "äußerlich" selbständige Menschen zu werden.
"Wenn ich immer nur schenke, werden die Beschenkten nicht angeregt, sich selbst zu helfen, sondern sie werden passiv und verlassen sich auf andere. Es sollte nur eine begrenzte Hilfe zur Selbsthilfe gegeben und die eigene Entwicklung nicht vernachlässigt werden."
Die Partei "Neues Bewußtsein" ist ein Modellfall für eine "schöngeistige" mittelständisch-faschistische Vereinigung. Typische Mittelstandsängste im Angesichte kapitalistischer Krisenhaftigkeit vermengen sich hier mit verklemmter Egomanie zu sadomasochistisch aufbereiteten religiösen Allmachtsphantasien. Gesellschaftspolitisch bedenklich ist aber eher die Tatsache, daß überwiegend Frauen zur Gefolgschaft der Partei gehören, auch wenn die rechtsgestrickte esoterische Ideologie nach wie vor meistens von Männern produziert wird. Diese Aktivierung einer überwiegend weiblichen Anhängerschaft ist die historische Novität moderner esofaschistischer Gruppierungen.
Zum Schluß noch einmal zu dem ersten Europakandidaten der damaligen "esoterischen Union", Rudolf Passian, und sein neuestes Buch: Abgesehen davon, daß dieser Hexenhammer in Schrebergärtnerformat jede nichtchristliche Esoterik, aber auch Großkirchen und verschiedene "nichtabendländische" Religionen kurzum zu satanistischem Fußvolk erklärt, strotzt das Buch von Weltverschwörungsphantasien im Stile christlich faschistischer Fundamentalisten. Antisemitismus, Antikommunismus und extreme Frauenfeindlichkeit gehören deshalb zu seinem Standartrepertoire. So bezieht sich Passian wiederholt und wie selbstverständlich positiv auf verschiedene faschistische Autoren aus Gegenwart und Vergangenheit.
Besonders die Juden und ihre Religion sind nach Passian beteiligt an der Verschwörung gegen das Abendland. Wie jeder christliche Fundamentalist lehnt er das alte Testament der Bibel als unter primitivem, altorientalischem Einfluß entstandenes Machwerk ab und unterscheidet zwischen einer esoterisch hochstehenden arisch-indischen und einer niedrigen orientalisch-jüdischen Religiosität. Das Alte Testament sei daher nur für auf untere Entwicklungsstufen stehende Menschen geeignet. Die Welt teile sich in "Brüder des Lichts" (christliche Esoteriker, vor allem Deutschsprachige) und "Brüder des Schattens" (alle Anderen). Jüdisch-christliche Religion sei mithin reiner Teufelsglaube und die Großkirchen verkörperten die 5. Kolonne Satans. Jeder feste Stoff sei Bestandteil des Körpers Luzifers und Gott könne schon deshalb nicht der Schöpfer der Materie sein, weil Passian sich nicht vorstellen kann, "daß aus Gott z.B. verkrüppelte oder geistesgestörte Wesen hervorgehen können". Der große Gegenspieler des Lichtes sei also Satan, der "Geist der Verdichtung", und mit ihm materielles Denken jeder Art, personifiziert in Marxisten, Schwulen, Freimaurern und Juden, die alle emsig an der Weltverschwörung werkeln.
Besonders schlecht sei die geistige Wesenheit des jüdischen Gottes, der nicht mit dem eigentlichen, christlichen Gott identisch sei, sondern ein "Sohn der Finsternis", der alles "Nichtjüdische auf den Tod" hasse, der Gott der "Scheußlichkeiten" und "haßerfüllten Bestialität". Die jüdische Religion habe das lichte christliche Abendland korrumpiert: "leider fraß sich diese unheilvolle Verzerrung des Gottesbegriffes ... tief in abendländische Denkgewohnheiten." So habe der jüdische "Gott des Materialismus" mit seiner "krassen Diesseitsbezogenheit", seiner "irdischen Messiashoffnung und dem triebhaften Streben nach Reichtum und Macht" über das Alte Testament Einzug gehalten.
Eines jedoch habe die jüdische Religion als erste erkannt, nämlich wie wichtig Rassenreinheit sei. Passian gibt denn auch seine Definition von spirituellem Rassismus zum besten: "Die Rassen, als materieller Ausdruck seelisch geistiger Bedingnisse, entstanden infolge gottgegebener Naturgesetzlichkeit und haben sicherlich nicht nur einen physisch-materiellen Sinn."
In der Mitte des 19. Jahrhunderts sei der Spiritismus entstanden, um die Welt vor dem Materialismus zu retten, aber die satanischen Widersacher schufen durch den Juden Karl Marx die Gegenbewegung des Marxismus, um das Christentum auszurotten. Der Kommunismus verwandle die Menschen in Bestien und appelliere einzig "an Neid, Mißgunst und Haßgefühle". Dem müsse der "christliche Spiritualismus" ein "Verständnis für die göttliche Weltordnung" entgegensetzen. Am Anfang des Jahrhunderts hätten Spiritismus und Christentum schon kurz vor dem Sieg gestanden. Der westliche und der östliche Materialismus, das heißt Kommunismus und Kapitalismus, die "im Prinzip gleich lebens- und naturfeindlich" seien, hätten jedoch zwei Weltkriege inszeniert, um ihre Herrschaft zu sichern. So sei die historische Aufgabe der Deutschen, die christliche Esoterik durchzusetzen, verhindert worden. Folgerichtig befürwortet Passian Bücherverbrennungen und ist gegen eine "Verangloamerikanisierung" von Sprache und Musik. Auffallend ist sein pathologischer Frauenhaß, wobei seiner Meinung nach die "letzte Sinkstufe der Umkehrung des Weiblichen" mit "atypischer Gefühlskälte und Grausamkeit" im "marxistischen Sozialismus" erreicht werde.
Bei uns würden sich hingegen RadikalfeministInnen und EsoterikerInnen durch "Gottlosigkeit", "sexuelle Ausschweifungen", "luziferische Wißbegierde", "Zügellosigkeit", "unterentwickelten Charakter" und "primitive Lebensauffassungen" auszeichnen. Dahingegen denke die "echte" Frau "mehr mit dem Herzen als mit dem Kopf" und ginge mit "heiligsten Gefühlen" in die Ehe, in den Haushalt und die Kindererziehung.
Rudolf Passians Buch ist geradezu ein Exempel für mittelständisch-religiösen Faschismus auf unterster Ebene und beileibe kein Einzelfall. Diese Spielart bürgerlich-faschistischer Ideologie existiert seit Beginn der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Sie transportiert Inhalte, die vor allem mittel-

ständische und bildungsbürgerliche Kreise ansprechen, wie z.B. eine gezähmte Kapitalismuskritik (meistens ein gezielter Antiamerikanismus) und einen umso rigideren Antikommunismus (oft auf der Ebene von Religiosität und/oder idealistischer, romantisch verbrämter Ethik). Bezeichnend ist ferner der paranoide Abgrenzungswille zu den Verlierern der krisengeschüttelten kapitalistischen Wirklichkeit, sowie pathologischer Narzißmus und der Wunsch nach elitär-autoritären Strukturen (Ständestaat).

Vor allem über die esoterische Schiene sikkert seit längerem in beträchtlichem Maße faschistische Ideologie in die eher idealistisch geprägte, aus dem gehobenen Mittelstand kommende und ökonomisch liberale deutschsprachige "Linke".
Wem Frieden und Ökologie, die gesunde Mohrrübe, "Markt"wirtschaft und der bürgerliche "Rechtsstaat" als linke Inhalte dünken und wer sich von Klassenauseinandersetzungen und der Kritik der Politischen Ökonomie verabschiedet, der/die wird von dieser Entwicklung allerdings nichts bemerken, es sich vielleicht selbst in der Wolke esofaschistischer Erleuchtung bequem machen wollen.

Der RECHTE RAND hat den Beitrag von Roger Niedenführ leicht gekürzt veröffentlicht. Wer sich näher mit dem Thema beschäftigen will, kann den Artikel mit sämtlichen Quellen und Literaturhinweisen gegen Zusendung eines ausreichend frankierten und adressierten Rückumschlages kostenlos von der Redaktion erhalten.

Hartmut Power

Stilles Örtchen für Ludendorffer

Zwischen Oldenburg und Delmenhorst, in der Nähe von Hude, liegt ein kleiner Flecken mit dem Namen "Hilligenloh". Hier erwarben die Ludendorffer bereits 1932 ein Stück Land, auf dem sie ihre Anhänger im Sinne des völkisch-rassistischen Gedankenguts bestatten. Das Gelände ist großzügig angelegt, die große Freifläche neben den Grabstellen erstaunt, wenn man annimmt, daß diese politisch-religiöse Sekte nicht mehr viel Anhänger zu bestatten haben wird. Weithin sichtbar ist auf einem Findling, als Ausdruck urdeutschen Gesteins in zahlreichen Vorgärten zu finden, eine Parole des **Generals von Ludendorff**, Weltkrieg I-Verlierer und gescheiterter Münchner Putschist eingemeißelt: "Machet des Volkes Seele stark." Das Eingangstor hat einen ähnlichen Charakter wie das der Ahnenstätte Conneforde, die nach dem Muster "Hilligenloh" später erbaut wurde (vgl. RECHTER RAND Nr. 10/1991, S. 14-16).

Parallelen finden sich auch bei der Gestaltung der Vereinssatzung. Der Verein "Ahnenstätte Hilligenloh e.V." wurde 1948 gegründet, "um die Mittel für die Behebung der während des Krieges und in der Zeit nach dem Kriege entstandenen Schäden auf der 1932 geschaffenen und in Artikel 1301, Flur 13, Parzelle A/38 der Gemeinde Hude belegenen Ahnenstätte der Gotterkenntnis (L), sowie zu ihrer ferneren Erhaltung aufbringen zu können" (Gründungsprotokoll). Sitz des Vereins ist Oldenburg. Über seinen Zweck sagt die Satzung: "Aufgabe des Vereins ist, für seine Mitglieder und alle freigläubigen Deutschen würdige letzte Ruhestätten zu errichten und ihnen freie Gestaltung der Totenfeiern zu ermöglichen."
Anders als in Conneforde ist für Hilligenloh die Mitgliedschaft nur für solche Personen möglich, die sich "der Gotterkenntnis (L) verbunden" fühlen und "keiner anderen Religionsgemeinschaft" angehören. Interessant ist der Absatz 4: "Die Mitglieder schließen sich nicht örtlich zusammen; politische Betätigung ist grundsätzlich ausgeschlossen."
Der ausdrückliche Verzicht auf politische Aktivitäten hat den Grund, bei Verbot des Bundes für Gotterkenntnis die Ahnenstätte als Kristallisationspunkt nicht zu gefährden. Die Ludendorffer waren nach 1945 von den Alliierten verboten worden, ehe sie 1951 als Verein wieder zugelassen wurden. Ein weiteres Verbot ereilte sie 1965, das erst 1977 wieder aufgehoben wurde. Durch Neugründungen von Vereinen und Ahnenstätten haben die Ludendorffer die Verbote erfolgreich unterlaufen.
Der Hausverlag "Hohe Warte" als Aktiengesellschaft konstituiert konnte beständig weiter Ideologie produzieren. Er gehört zu den "notwendigen Kristallisationspunkten" des Wirkens für die Verbreitung der Gotterkenntnis Mathilde Ludendorff, wie **Dr. Gunther Duda** in einer programmatischen Schrift erklärte. Dazu zählen auch die für mündliche Propaganda zuständige "Weltanschauungsgemeinschaft Gotterkenntnis Mathilde Ludendorff e.V., die nur aus Einzelmitgliedern ohne Vorstand besteht und der speziell auf die Ausbildung Jugendlicher ausgerichtete "Arbeitskreis für Lebenskunde e.V."
Die Erhaltung und Pflege der verschiedenen Ahnen- und Gedenkstätten liegt in der Obhut der am jeweiligen Ort ansässigen Mitglieder. Außerhalb ihrer Ahnenstätte treffen sich die "Oldenburger" Ludendorffer in der Bahnhofsgaststätte, im sogenannten Turmzimmer, zu Vortragversammlungen, bei denen der hohe Anteil älterer Menschen nicht zu übersehen ist. Die Konzentration der politischen Arbeit auf Zeitgeistthemen wie Anti-Atom-Kraft (**Walter Soyka** und Co.), Neutralitätspolitik, Umweltschutz (**Harm Menkens**), Esoterik hat den Ludendorffern nicht die erhofften jungen Mitglieder gebracht. Sie repräsentieren den mittleren bis gehobeneren Mittelstand.
Im Ahnenstättenverein finden sich Verwaltungsangestellte, Mühlenbauingenieure, Lehrer, Bauunternehmer, Gastwirte, Geflügelzüchter und BuchhalterInnen. Bekanntere Mitglieder des "Ahnenstätte sind bzw. waren Harm Menkens, **Dr. F.K. Jungklaaß**, der 1979 ausgeschlossen wurde und der 1990 verstorbene FDP-Kommunalpolitiker **Fritz Bultmeyer**.
Harm Menkens betreibt in Grünendeich den Lühe Verlag, der sich nach seinen eigenen Angaben schwerpunktmäßig der Vor- und Frühgeschichte, dem Umweltschutz und der Aufklärung über Hintergrundmächte widmet. Menkens ist überregional bekannt geworden, weil der Seefahrtoberlehrer aufgrund seines Antisemitismus vom Schuldienst suspendiert wurde und durch seine spektakulär inszenierten Klagen gegen Industriebetriebe wie z.B. gegen Dow Chemical, worauf er seinen Ruf als Umweltschützer begründet wissen will. In der Tat enthalten die "Mitteilungen des Lühe-Verlages" einige antisemitische Hetzschriften. Dazu wird für die Lehre **Sivio Gesells**, dem Stichwortgeber für die nationalsozialistische "Brechung der Zinsknechtschaft", und das grundlegende Werk des "Nationalneutralisten" und "Nationalrevolutionärs" und China-Korrespondenten des "Völkischen Beobachters" **Wolf Schenke** geworben. Von Bedeutung auch der Hinweis auf die Zusammenarbeit mit der Zeitschrift CODE, Verlag Diagnosen.
Der Humangenetiker Dr. F.K. Jungklaaß hat sich einen Namen als Beiträger in Nazi-Anwalt **Jürgen Riegers** "Neue Anthropologie" gemacht. Im Juli dieses Jahres schrieb er einen Leserbrief an die Norwest-Zeitung in Oldenburg, in dem er über die Rolle der "Freireligiösen" und sich mitteilte, daß die 1911 geründete "Deutsch-gläubige Gemeinschaft" alljährlich "volksreligiöse Hohe-Maien Treffen, d.h. zu Pfingsten (veranstaltet). Als religiöse Körperschaft privaten Rechts in Berlin eingetragen, residieren ihre Geschäftsleitung nebst Verlag seit 1986 in Bad Zwischenahn."
Fritz Bultmeyer war 2. Bürgermeister und Ratsherr der Gemeinde Langenberg und stv. Vorsitzender im FDP-Ortsverband Hude-Wüsting. In dieser Funktion habe er sich, so ein Nachruf in der NWZ, um die Sache der Liberalen große Verdienste erworben. Geradlinigkeit und Aufrichtigkeit hätten sein Handeln bestimmt. Der Seniorchef einer großen DISCO und der Gaststätte zum "Alten Hermann" (der deutsche!) sowie Betreiber einer Schießsportanlage für den lokalen Schützenverein mußte 1957 den Notvorstand

des Ahnenstättenvereins spielen, weil sich die Ludendorffer nicht über den ordnungsgemäßen Ablauf einer Jahresversammlung einigen konnten, die in der Regel nach Ende der Blütezeit im August oder im Dezember stattfindet.
Über die Rolle der Ludendorffer und ihre Querverbindungen im bundesrepublikanischen Neo-Faschismus wird gelegentlich in Antifa-Zeitschriften berichtet, eine Neu-Bewertung steht indes noch aus. Im religiösen Bereich ist die Verbindung zu den Freien Humanisten (vormals Freireligiösen) von Bedeutung. Die Sprecherin der Freien Humanisten aus Oldenburg, **Karin Poel**, machte in einem Gespräch keinen Hehl daraus, daß sie auch zu Bestattungen nach Hilligenloh fahre. Obwohl sie sich sonst gegen die rechtslastigen alten Kerls wende, unterstützt die aktive FPD-Politikerin die Arbeit der völkischen Rassisten. Noch deutlicher werden die alt- und neufaschistischen Zusammenhänge, wenn man sich die Verbindungen der Freien Humanisten zur Eeekboom-Gesellschaft und den Deutschen Unitariern anschaut, die sich alle drei zusammen im Deutschen Volksbund für Geistesfreiheit (D.V.f.G.) zusammengeschlossen haben.



Gedenkstein in Hilligenloh.

Alois Pfreimdt

Die Unitarier-Prozesse gegen Antifaschisten: DUR verbreitet Unwahrheiten

Nachdem die meisten Prozesse der nazistischen "Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft e.V." (DUR) bzw. einiger ihrer Funktionäre gegen Antifaschisten rechtskräftig abgeschlossen sind, kann eine vorläufige Bilanz gezogen werden. Dies ist auch deshalb nötig, weil DUR-Funktionäre inzwischen Unwahrheiten über die Gerichtsurteile verbreiten und die Situation recht unübersichtlich geworden ist.

"Nazistische Tarnorganisation", "Nazi-Sekte": Die Berliner und Hamburger Prozesse

Erlaubt vom Berliner Landgericht (LG) und in Berufung rechtskräftig vom Kammergericht (KG) wurden nach Vorlage mehrerer Hundert Seiten Beweisanlagen über die faschistischen Bezüge der Sekte die Bezeichnungen "völkisch-rassistische Sekte" und "nazistische Tarnorganisation" für die DUR, über die ferner gesagt werden darf, "daß die DUR seit einigen Jahren die Geschichte der freien Protestanten in Rheinhessen als die eigene Geschichte beansprucht, um ihre faschistische Herkunft zu vertuschen". Das LG Berlin führte in seiner Begründung aus, die beklagten Antifaschisten hätten datailliert Fakten über die nazistischen und neofaschistischen Bezüge der DUR vorgelegt, die diese im Prozeß nicht habe entkräften können. Insbesondere hob das LG hervor, "daß bis in die jüngste Vergangenheit beim Kläger zu 1)" (d.i. die DUR) "in maßgeblichen Positionen solche Personen tätig waren, die eben nationalsozialistisches Gedankengut vertreten haben". Die Berufung der DUR wurde vom KG zurückgewiesen.
Das LG Hamburg gestattete die Bezeichnung "Nazi-Sekte" für die DUR und urteilte: "Daß jene Umstände" (die vorgelegten Beweise) "aber aus der Luft gegriffen wären und jeglicher Grundlage entbehrten, so daß von einer sachnahen Auseinandersetzung mit den Antragstellern" (der DUR) "nicht mehr die Rede sein könne, weil etwa seitens des Antragsgegners" (der VVN Hamburg) "nur vordergründig mit haltlosen Behauptungen argumentiert worden wäre, läßt sich nicht feststellen. ... Auch ist vor diesem Hintergrund die gedankliche Verbindung des Symbols der Antragsteller mit der 'Heils-Rune' Heinrich Himmlers nicht völlig von der Hand zu weisen. ... Die Vielzahl der vom Antragsgegner für seine Einschätzung der Antragsteller angeführten Argumente findet in der Bezeichnung 'Nazi-Sekte' gleichsam eine scharfe und möglicherweise überspitzte Ausprägung. Die Äußerung dient daher dazu, die Antragsteller - schlagwortartig - zu kennzeichnen, ohne daß es an dem erforderlichen Sachbezug fehlt." Die DUR legte Berufung ein, das Hanseatische Oberlandesgericht wird im November 1991 endgültig entscheiden.
Das LG Berlin verbot dagegen die Äußerungen, "die Wiking-Jugend sei in den 50er Jahren u.a. aus der Jugendorganisation der Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft heraus gegründet worden; bis weit in die 70er Jahre ließen sich regelmäßige gemeinsame Zeltlager von Wiking-Jugend und Deutsch-Unitarischer Jugend nachweisen". Vor Gericht konnte nur ein einziges gemeinsames Zeltlager von Wiking-Jugend und Deutsch-Unitarischer Jugend in den 70er Jahren nachweisen. Hierüber darf auch weiterhin öffentlich berichtet werden. Zur "Regelmäßigkeit" hätten mehr als eins gehört. Auch verlangte das LG die Vorlage eines förmlichen Beschlusses der Jugendorganisation der DUR, nach dem die Wiking-Jugend aus ihr heraus gegründet worden sei. Ein solcher Beschluß existiert jedoch allein schon deshalb nicht, weil zur Zeit der Gründung der Wiking-Jugend im Jahre 1952 die Jugendorganisation der DUR noch kein eingetragener Verein war, also rechtlich noch gar nicht bestand. Es darf jedoch weiterhin behauptet werden, daß die Wiking-Jugend in ihrer Bundessatzung von sich schreibt, sie sei ein Zusammenschluß aus der später verbotenen Reichsjugend, der deutschen unitarischen Jugend und der Vaterländischen Jugend. So steht es auch z.B. im Verfassungsschutzbericht Niedersachsen 1989, und die DUR geht wegen dieser Behauptung ausdrücklich nicht gegen die Wiking-Jugend vor.
Die DUR erwirkte beim LG Hamburg eine einstweilige Verfügung gegen mehrere Passagen einer Presseerklärung der VVN Hamburg, die allerdings zum Teil auf der Grundlage falscher Zitate zustande kam: die DUR hatte in ihrem Verfügungsantrag hier und da die Zeichensetzung aus der VVN-Presseerklärung und auch eine Jahreszahl verändert, wodurch sich eine Veränderung des Inhaltes ergab; dem Richter war dies zuerst gar nicht aufgefallen und im Widerspruchsverfahren gab er zu verstehen, es mache für den Durchschnittsleser keinen Unterschied, ob ein Semikolon oder ein Komma hier stehe, ob eine Jahreszahl 1988 oder 1989 laute (!). Die VVN scheute aus Kostengründen das Prozeßrisiko, so daß nun aus diesen formalen Gründen einige Aussagen, die im Text der Presseerklärung gar nicht enthalten waren, aufgrund der Falschzitate verboten wurden.

"Unwissenschaftliches" DUR-Buch: Der Gießener Prozeß

Das LG Gießen erlaubte Äußerungen über das DUR-Buch eines Wolfgang Seibert, das die Sekte heute überall zu ihrer Entlastung herumreicht, wonach es sich bei dem Buch um eine "unkritische und wissenschaftlich nicht abgesicherte Darstellung" handele, der Autor "weder die Quellen noch die einschlägige Sekundärliteratur ausreichend studiert" habe und "an keiner einzigen Stelle die faschistischen Bezüge der Sekte" erwähne usw. Dagegen verbot das LG die Äußerungen, der Autor Seibert betreibe in dem Buch "offen antisemitische Propaganda", es handele sich um ein "Lobhudel- und Verschweigebuch" und der Autor sei "kein ernstzunehmender Wissenschaftler" (obwohl letzteres

so gar nicht geäußert worden war), weil dies Ehrverletzungen seien. Der LG-Beschluß ist rechtskräftig.

Ein "zweiter Schritt vor dem ersten" in Dachau: Der erste Bonner Prozeß

Gegen eine Resolution der Landesweiten Konferenz der antifaschistischen Initiativen und Organisationen Nordrhein-Westfalens erließ das LG Bonn eine einstweilige Verfügung, nach der nicht mehr behauptet werden darf, der bis Mai 1991 amtierende DUR-Präsident Horst Prem habe in einem Artikel 19829 die Ansicht vertreten, "die Nazis hätten im KZ Dachau 'den zweiten Schritt vor dem ersten getan' und am Geschehen im KZ seien vor allem die Weltanschauungen des Christentums und des Judentums schuld", weil das Zitat vom "zweiten Schritt" sinnentstellend verkürzt sei und weil das LG den bekannten Vorwurf der Nazis, die Juden seien an ihrem Unglück selbst schuld, intellektuell nicht verstand. Der DUR-Präsident hatte allerdings dem LG Bonn nicht den Originaltext seines Artikels, aus dem das Zitat stammte, vorgelegt sondern einen veränderten Text, der seine tatsächlich vertretene Ansicht dem Gericht gegenüber erheblich schönte. Dies war dem Gericht nicht aufgefallen. Aus Unkenntnis der Rechtslage und wegen des finanziellen Prozeßrisikos wurde gegen die einstweilige Verfügung kein Rechtsmittel eingelegt, sie ist rechtskräftig.

Doch der zweite Schritt vor dem ersten in Dachau: Der zweite Bonner Prozeß

Die Äußerung Prems über den "zweiten Schritt" im KZ Dachau wurde in einem neuen Flugblatt über Prem, das seine leitende Tätigkeit beim Rüstungskonzern MBB, die Verbindungen seiner Sekte und bestimmter arabischer Kreise zum Nazismus und Neofaschismus, die Verbindungen Prominenter seiner Sekte zum Nahen Osten und die Waffenlieferungen von MBB in den Nahen Osten behandelte und mögliche Zusammenhänge aufzeigte, breiter zitiert. Weiter wurde die Aufforderung an Bundestag und Presse gerichtet, den möglichen Gefährdungen der Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik durch möglicherweise Nazi- und Sekten-vermittelte Waffenlieferungen in Krisengebiete und durch möglichen Verrat von militärischen Geheimnissen über dunkle Sekten-Kanäle entgegenzutreten. Prem mußte auf Druck von MBB daraufhin sein Amt als DUR-Präsident niederlegen. Er beantragte 1991 gegen das Flugblatt eine einstweilige Verfügung in vierzehn Punkten. Die meisten Verbotsforderungen bezogen sich auf di2e von Antifaschisten behaupteten Kontakte von DUR-Funktionären und -Prominenten zum militanten und kriminellen Neonazismus (Wehrsportgruppe Hoffmann, Thies Christophersen) und zum Rassismus (Nordischer Ring, Jürgen Rieger) sowie auf Prems politische Verantwortung dafür, daß Personen mit solchen Kontakten DUR-Funktionen übernehmen konnten. Da diese Kontakte von dem beklagten Antifaschisten alle nachgewiesen werden konnten, zog Prem vor Gericht sieben Verbotsanträge selbst wieder zurück. Das LG Bonn erlaubte dann im Urteil weitere zwei Punkte: die Bezeichnung der DUR als "aus dem Nazi-Kirchenkampf entstandene völkisch-rassistische Sekte" und das erweiterte "zweiter Schritt"-Zitat. Prem hatte hierzu wiederum den geschönten Artikel-Text vorgelegt, dem LG war es wiederum nicht aufgefallen und es erging sich zudem in der Urteilsbegründung zugunsten Prems in waghalsige und gänzlich laienhafte Äußerungen über faschistische Religiösität, um ein faktisches Verbot des "zweiter Schritt"-Zitates durch die Hintertür wieder einzuführen.

D2as LG Bonn verbot drei Äußerungen über mögliche Beziehungen zwischen DUR-Prominenz, MBB und Waffenhandel in den Nahen Osten mitsamt der Erwägung möglicher Sicherheitsgefährdungen für die Bundesrepublik als Verletzung der beruflichen Ehre des DUR-Präsidenten. Es verbot weiterhin zwei Äußerungen: Die von der DUR vor dem LG Hamburg gegen die VVN erwirkte einstweilige Verfügung beruhe auf teilweise "gefälschten" Zitaten, weil die Absicht des Fälschens nicht nachgewiesen wurde; wei-



terhin behauptet werden darf jedoch, daß die Verfügung auf teilweise falschen Zitaten beruht, da dies nachgewiesen wurde. Und weiter: Prominente hätten sich von der DUR distanziert, Behörden und demokratische Organisationen wollten mit DUR-Zweigorganisationen und -Tagungshäusern nicht mehr zusammenarbeiten; hier genügte dem LG die Zahl der auf Distanz gegangenen Prominenten nicht.

Beide Seiten gingen vor das Oberlandesgericht Köln (OLG) in die Berufung, nachdem nun auch die Antifaschisten schier unerschöpfliche Geldquellen zum Prozessieren aufgetan hatten (so glaubt es jedenfalls die DUR). Die beiden Punkte "gefälscht" und "Prominentendistanzierung" ließ man mangels politischem Interesse und zur Reduzierung des Prozeßrisikos jedoch auf sich beruhen. Das OLG hob die ersten drei Verbote wieder auf, wies dagegen die Berufung Prems gegen die vom LG Bonn erlaubten Äußerungen ab. Das OLG wies besonders eindringlich darauf hin, daß das LG Bonn sich durch die Vorlage des geschönten Prem-Textes hatte auf falsche Wege leiten lassen und korrigierte hier auch die waghalsigen religiösen Ausführungen, die das LG Bonn zugunsten Prems gemacht hatte - eine klassische Ohrfeige der höheren Instanz für das LG, dem vom OLG bescheinigt wurde, die Pressefreiheit der Antifaschisten grundgesetzwidrig eingeschränkt zu haben. Alle Befürchtungen bezüglich der Sicherheitsrisiken wegen der beruflichen Zusammenarbeit von Prem und MBB mit dem Verteidigungsministerium und der politischen Zusammenarbeit von Prominenten der Prem-Sekte mit militanten und kriminellen Neonazis sowie bezüglich des möglicherweise Nazi- und Sekten-vermittelten Waffenhandels von MBB in den Nahen Osten dürfen ebenso wieder geäußert werden wie das längere "zweite Schritt"-Zitat.

Ehemaliger DUR-Funktionär und Rassist als CDU-Ministerialdirigent: Der dritte Bonner Prozeß

Der ehemalige stellvertretende Chefredakteur der DUR-Zeitschrift "unitarische blätter" Thomas Darsow - ein Spezi aus dem Barschel-Umfeld, der 1991 Ministerialdirigent im CDU-geleiteten Innenministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern werden wollte und es schließlich wurde - beantragte gegen ein Interview des Schweriner Radios, in dem Darsows Vergangenheit bei der NPD-nahen, vom Verfassungschutz seit 1973 beobachteten norddeutschen Jugendzeitschrift "Tendenz", die Einladung von "Tendenz" an Wehrsportgruppenführer Hoffmann zu einer "Reichsgründungsfeier" und Darsows Tätigkeit bei der DUR sowie seine offen rassistischen Artikel in den "unitarischen blättern" dargestellt wurden, eine einstweilige Verfügung. Die angegriffenen Passagen des Interviews wurden vom LG Bonn jedoch nicht verboten, man einigte sich vielmehr auf einen Vergleich: Der Antifaschist erklärte, daß er im Falle von Mißverständnissen über seine tatsächlichen Aussagen klarstellen wolle, nicht gemeint zu haben, Darsow sei noch zu dem Zeitpunkt Mitglied der "Tendenz"-Redaktion gewesen, als die Einladung an Hoffmann herausging. Es darf auch weiterhin behauptet werden, daß Darsow noch im Mai 1979 Redaktionsmitglied der NPD-nahen "Tendenz" war und daß "Tendenz" im Dezember 1979 öffentlich zu einer "Reichsgründungsfeier" mit Hoffmann einlud.

Spitzeldienste für die DUR: Der vierte Bonner Prozeß

Über den damaligen langjährigen Vorsitzenden der Bonner IG Medien und Journalisten der "Frankfurter Rundschau" Helmut Lölhöffel von Löwensprung alias "Helmut Lölhöffel" war 1990 und 1991 auf Flugblättern wahrheitsgemäß berichtet worden, daß er jahrelang Funktionär auf Bundesebene der DUR-Jugendorganisation "Bund Deutsch-Unitarischer Jugendlicher" (BDUJ) gewesen war, dabei versucht hatte, den BDUJ an der Hitler-Jugend zu orientieren, innerhalb der DUR unter dem Decknamen "Otto" selbst nazistische Artikel publiziert hatte, daß er aus dieser Zeit fast die gesamte heutige Führungsspitze der DUR persönlich gut kennt.

Er reichte beim Bonner LG wegen der Flugblätter eine Klage ein, in der er keine einzige der gegen ihn vorgebrachten Tatsachenbehauptungen bestreitet und beklagt, sondern einen generellen Maulkorb verlangt: das Gericht möge jede wahrheitsgemäße Bericht-

erstattung über seine DUR-Aktivitäten verbieten. Lölhöffel, der mit zahlreichen SPD-Bundestagsabgeordneten gut bekannt ist und Insidern der Bonner Journalistenszene als ein "Hofjournalist" der SPD gilt, weigerte sich bei der mündlichen Verhandlung im Oktober 1991 weiterhin, auf die konkret gegen ihn vorgebrachten Vorwürfe überhaupt nur zu antworten, geschweige denn, sie zu bestreiten. Urteilsverkündung ist Mitte November 1991, beide Seiten gaben zu verstehen, gegebenenfalls das OLG Köln als Berufungs-instanz anzurufen.

Mal was anderes: Antifaschisten gegen DUR. Der Kieler Prozeß

In Kiel ist ein einstweiliges Verfügungsverfahren gegen das langjährige geistige Oberhaupt der DUR, den dortigen Philosophie-Dozenten Dr. Wolfgang Deppert und den dortigen Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband anhängig. Deppert hatte zahlreiche ehrverletzende Falschbehauptungen über einen Antifaschisten aufgestellt, der DPWV hatte sie verbeitet. Eine Entscheidung steht noch aus.

Das Spiel der DUR mit der juristischen Unwissenheit der Menschen

Die DUR versucht, die Bedeutung der verlorenen Prozesse herunterzuspielen. Die DUR tut so, als ob solche erlaubten Äußerungen in einem umgangssprachlichen Sinne ohne jede Substanz und deshalb als Meinungen erlaubt seien. Juristisch ist durch das Verlangen nach "Sachbezug" einer solchen Äußerung jedoch das Gegenteil vorausgesetzt: nur wer vor Gericht seine scharf formulierte Meinung mit handfesten Tatsachen untermauern kann, kann den Schutz des Grundgesetzes in Anspruch nehmen. Wer dagegen solche Tatsachen nicht vorbringen kann, dessen Äußerung wird nicht als freie Meinung in der poltischen Auseinandersetzung eingestuft und rechtlich geschützt, sondern als beleidigende oder verleumdende "Schmähkritik" sogleich gerichtlich verboten.

Die DUR versucht darüber hinaus, so zu tun, als seien die Tatsachenbehauptungen über die DUR verboten worden, während die "lediglich" als Meinungen eingestuften Äußerungen erlaubt wurden. Dies ist sachlich falsch, da bis auf die hier genannten ganz wenigen verbotenen Äußerungen alle Tatsachenbehauptungen über die DUR und ihre faschistischen Bezüge weiterhin verbreitet werden dürfen, weil sie schlicht wahr sind. Dagegen sind die verbotenen Äußerungen im Verhältnis nebensächlich und - so beim zweiten Bonner Prozeß im Vergleich zum ersten - faktisch wieder aufgehoben, wenn auch das erste Urteil Bestand hat.

Deutsche Liga

Die neugegründete "Deutsche Liga für Volk und Heimat" (siehe unseren Beitrag auf Seite ...) hat ihren Bundesvorstand mit zahlreichen Funktionären, die zuvor in der NPD, bei den REP oder anderen rechtsextremen Gruppen tätig waren, besetzt.

Dem Präsidium gehören neun Personen an. Als Vorsitzende fungieren: **Rudolf Kendzia** (Berlin) als Leiter der Geschäftsstelle, **Harald Neubauer** (München) zuständig für das Amt für Presse und Information sowie **Jürgen Schützinger** (Villingen-Schwenningen) als Wahlkampfleiter Baden-Württemberg.

Sechs weitere Funktionen wurden im Präsidium angesiedelt:

der Generalsekretärs (für Öffentlichkeitsarbeit): **Franz Glasauer** (Landshut);

der Bundesorganisationsleiter: **Peter Recknagel** (München);

Finanzen und Beitragseinzug: **Jürgen Doderer** (Stuttgart);

Leiter der Rechtsabteilung: **Martin Mußgnug** (Tuttlingen);

Koordination der Parlamentsarbeit: **Markus Beisicht** (Köln);

Leiter der Arbeitskreise: **Walter Seetzen** (Bremen).

Als Beisitzer fungieren: **Katharina Behrend** (Meerbusch-Strümp), **Reiner Born** (Pentlingen), **Peter Dehoust** (Coburg), **Werner Eichinger** (Röllbach), **Hubert Peter Fladung** (Frankfurt), **Erich Fuchs** (Vöhl), **Gabriele Hartung** (Berlin), Dr. **Rigolf Hennig** (Verden/Aller), **Günter Reinhold Edhöfer** (Tutzing), **Hans-Jürgen Sabrautzky** (Schenefeld) und **Rainer Vogel** (Köln).

Wehrsportgruppe "Wehrwolf"

Mit Geldbußen zwischen 300 und 2000 DM, einer Freiheitsstrafe (auf Bewährung) und Verwarnungen wurde das Treiben einer Wehrsportgruppe "Werwolf" aus dem Raum Sinsheim geahndet. Die jungen Männer im Alter zwischen 21 und 25 Jahren führten zwischen Dezember 1987 und November 1988 "Wehrsportübungen mit nationalsozialistischem Gedankengut als Hintergrund" im freien Glände aus. Bei ihren "Nahkampf-, Gefechts- und Formalausbildungen" redeten sich die "Gesinnungs-Kameraden" **Michael Schill, Jens Dwars, Matthias Strohmeier** und der Kopf der Gruppe **Frank Detlef Bender**, mit SS-Dienstgraden an. Trainiert wurde in SS-Uniformen. Dasd Waffenarsenal umfaßte Karabiner, Schreckschußpistolen, Bajonette, Handgranaten und vom Richter als "martialisch" bezeichnete Dolche von einem halben Meter Länge mit Blutrille.

Grauzone

Auf Einladung des Geithainer DSU-Kreisvorsitzenden **Baldur Jahn**, der als regelmäßiger Autor in der rechtsextremen "Jungen Freiheit" in Erscheinung tritt, referierte der "Criticon"-Herausgeber **Caspar von Schrenck-Notzing** im Rahmen eines "Offenen Geithainer orums" in Sachsen vor Bundes- und Landesvorstandsmitgliedern der Deutschen Sozialen Union". In seinem Referat zum Thema "Wie deutsch sind die Deutschen?" brachte er "den `Ossis'", so die neurechte DESG-inform, "die drei Phasen der Nachkriegsentwicklung Umerziehung-68er Revolution -Parteienstaat nahe."

Als weiter Referent stellte der Klagenfurter Journalist **Jürgen Hatzenbichler** die rechtsextreme "Freiheitliche Partei Österreichs" (FPÖ) und deren Vorsitzenden Jörg Haider vor.

Artgemeinschaft

Die völkisch-rassistische "Artgemeinschaft führt in der Zeit vom 6.-8.12. 1991 im Waldgasthof Zehnder in Rehweiler bei Kitzingen ihren nächsten Gemeinschaftstag durch. Neben einem "Julklapp" sind Vortäge von **Jürgen Rieger, Rudolf Czeppan**, Imke Thomas, **Prof. Koch, Hans-Jürgen Hertlein** und Prof. **Richard W. Eichler** vorgesehen.

Wiking-Jugend

Eine verjüngte, neue Bundesführung hat sich die Wiking-Jugend auf ihrem Bundestreffen in Schmalkalden zugelegt. Mit **Wolfram Nahrath** als neuem Bundesführer wird allerdings die Nahrath-Dynastie in diesem ältesten neofaschistischen Jugendverband fortgesetzt. Als Bundesmädelführererin steht ihm **Ute Fischer** zur Seite.

Interessant ist die Annäherung von WJ und NPD. Deren neuer Bundesvorsitzender **Günter Deckert** nahm an dem Bundestreffen teil und fand mit seinem Grußwort große Zustimmung.

NPD-Studentenorganisation

Die NPD hat ihre Studentenorganisation, den "Nationaldemokratischen Hochschulbund" (NHB) reaktiviert. Zum neuen Bundesvorsitzenden wurde der Aachener **Martin Laus** gewählt. Ebenfalls in den Vorstand gewählt wurden **Stefan Lux, Josef Graf, Andreas Storr** und **Heiko Kaiser**. Als Zeitschrift wird vom NHB die "Vorderste Front "herausgegeben.

Bundesverdienstkreuz für Gruhl

Im Rahmen einer Mitgliederversammlung bzw. eines Seminars der nationalrevolutionären "Unabhängigen Ökologen Deutschlands" referierte der ehemalige ÖDP-Vorsitzende **Herbert Gruhl** zu dem Thema "Ist ökologische Politik möglich?". Die auch hier wieder deutlich werdenden Bezüge Gruhls zum rechtsextremen Lager hinderten die niedersächsischen Umweltministerin Griefahn jedoch nicht daran, ihn als "Vater der Umweltbewegung" mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande auszuzeichnen.

Zündel als Zeuge im Neonazi-Prozeß

Als Zeuge wurde **Ernst Zündel** aus Kanada eingeflogen, um zur Klärung der Frage beizutragen, ob das zwischenzeitlich aufgelöste "Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers" (KAH) eine Nachfolgeorganisation der 1983 verbotenen "Aktionsfront Nationaler Sozialisten/ Nationale Aktivisten (ANS/NA) war.

Angeklagt sind in Stuttgart 11 Neonazis wegen Verstosses gegen das Vereinigungsverbot, der laut Strafgesetzbuch mit Geldstrafe bis zu fünf Jahren bestraft werden kann.

Die seit dem Februar 1991 Angeklagten, die zwischen 23 und 62 Jahre alt sind, stammen aus allen Teilen der Bundesrepublik. Sie sollen laut Anklage als Rädelsführer bundesweit den organisatorischen Zusammenhalt der ANS/NA aufrechterhalten haben.

Auf die Frage, ob das KAH eine Nachfolgeorganisation der ANS/NA gewesen sei, antwortete Zündel, daß man eine Organisation wie ein Auto benutze. Man fahre von A bis B, um dann ein anderes zu benutzen.

Dr. Gunter A. Pilz

Rechtsextremismus und jugendliche Gewaltbereitschaft - Wie darauf reagieren?

In der letzten Ausgabe des Rechten Randes beschäftigte sich der Sportsoziologe Gunter Pilz mit der gesellschaftlichen Bedingtheit jugendlicher Gewaltbereitschaft und formuliert in der Fortsetzung seines Artikels Schlußfolgerungen für eine präventive Sozialarbeit.

Zurecht folgert Heinisch aus seinen Erfahrungen, daß die Jugendlichen angesichts dieser Situation nicht mehr Polizei brauchen, sondern eine andere Wirklichkeit und weiter:

"Diese Jugendlichen haben nichts zu verlieren. Sie haben sich gegen die allgemeine Heuchelei gestellt, sie haben dem Staat die Stirn geboten, egal ob er sie einsperrt oder totschlug. Wer ihnen jetzt Gerechtigkeit vorenthält, auf den fällt die Eskalation der Gewalt zurück. Die Jugendlichen leben nur ehrlich das Leben, das ihnen die Gesellschaft vorlebt."

Wer also etwas gegen die Gewaltbereitschaft und Gewaltakzeptanz an den autoritär-nationalisierenden Orientierungen Jugendlicher unternehmen möchte, der muß deren Lebenswelten ändern, der muß deren Probleme ernst nehmen und ihnen entsprechende Lebenshilfen geben. Eine Verbesserung der Lebenswelten Jugendlicher und eine lebensstil-, lebensweltorientierte Jugend(sozial)arbeit sind das Gebot der Stunde. Wer glaubt, auch weiterhin das Problem nur mit repressiven Maßnahmen lösen zu können, wer weiterhin nach mehr Polizei und schärferen Gesetzen ruft, macht sich mitschuldig an der Eskalation der Gewalt. Jugendsozialarbeit kann zwar nicht die Ursachen spezifischer Sozialisationsvorgänge und sozialer Widersprüche aufbrechen, wohl aber hat sie Potentiale, die die Chancen der Lebensbewältigung verbessern helfen (...). Dies bedeutet: keine Symptomkuriererei, sondern Ursachenanalyse, "Nicht Strafe, sondern Resozialisierung! Nicht so weit wie möglich ausgrenzen, sondern soweit wie möglich eingrenzen! Nicht an Problemen ansetzen, die diese Jugendlichen uns schaffen, sondern an denen, die sie haben! Politisch und pädagogisch erscheinen deshalb Maßnahmen erfolgversprechend, die stabile sozial-strukturelle Lebensverhältnisse und stabile Formen des Zusammenlebens aufbauen und damit wieder Orientierungssicherheiten vermitteln können, die die Flucht in scheinbare Gewißheiten überflüssig machen" (Möller 1989, 4).

So besehen ist denn auch Heye (1989,77) zuzustimmen, daß Jugendarbeit verstanden werden muß als eine "kontrafaktische Gegenkultur", "als Kultur gegen Vereinzelung, Vereinsamung, Polarisierung und Zersplitterung von Lebensformen, Orientierungs- und Sinnverlust. Oberflächlichkeit und Individualisierung des Lebens, als Kultur, die 'Profil' zeigt, sich dabei bewußt abhebt, sich nicht als bloße Kompensations- bzw. Versorgungskultur vereinnahmen läßt und in diesem Sinne 'Anregungsmilieus" für Sinnfindung bietet". Diese Forderungen stehen im Einklag mit dem achten Jugendbericht (...). Es verwundert deshalb umso mehr, daß angesichts der jüngsten Gewalttätigkeiten Jugendlicher im Umfeld von Fußballspielen und der Hausbesetzerszene von politischer Seite nur Ruf nach mehr Polizei und Verschärfung der Gesetze zu hören ist. In dem millionenteueren und fast 2600seitigen Gutachten der Bundesregierung zur Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland wird gerade bewußt darauf hingewiesen, daß eine Verschärfung der Gesetze nicht erforderlich und nicht geboten ist. In einem Teilgutachten wird sogar auf die Gefahr hingewiesen, daß eine Hooligan-Kartei eher noch zu einer Eskalation der Gewalt beitragen könnte, weil es vielleicht für die Hooligans zu einer Prestigeangelegenheit werden könnte, in dieser Kartei aufzutauchen. Es ist gerade unverständlich, daß die Forderungen dieses Gutachtens in der jetzigen Diskussion zur Gewaltverhinderung oder -eindämmung völlig ignoriert werden. Der Steuerzahler mag sich fragen, weshalb für viele Millionen ein großangelegtes Gutachten über Ursachen, Prävention und Kontrolle der politischen Gewalt, der Gewalt auf Straßen und Plätzen, in den Stadien, in der Schule und Familie mit Hilfe von Steuergeldern in Auftrag gegeben wird, wenn man die dort erhobenen Forderungen völlig ignoriert und dem 2600seitigen Gutachten offensichtlich das gleiche Schicksal wie seinen Vorgängern beschieden ist, nämlich in Bücherregalen zu verstauben.

Es lohnt sich gerade angesichts des Rufs nach schärferen Gesetzen und nach noch mehr Polizei, einmal aus diesem Gutachten zu zitieren: "Bei der Bewältigung des gesellschaftlichen Phänomens gewalttätiger Fanausschreitungen muß vor einem rigorosen Vorgehen gewarnt werden. Aus der Sicht der Fans in einer auf Passivität ausgerichteten Konsumgesellschaft bietet die Fanszene jedoch eine hoch einzuschätzende kompensatorische Möglichkeit, um Alltagsfru strationen zu verarbeiten und 'Urlaub' vom gewöhnlichen und zumeist langweiligen Tagesrhythmus zu machen. Wenn die Erwachsenenwelt dann nur mit Verbot und Bestrafung reagiert, kann sich das Gewaltpotential andere 'Freiräume' suchen, die noch schwerer zu beinflussen sind. Insofern käme es darauf an, verstärkt über positive Wege der Kanalisierung von Aktivitätsbedürfnissen nachzudenken." (...)

Diese Forderung der Kriminologen zur Kontrolle und Prävention der Gewalt in den Stadien deckt sich mit deren Forderung zur Prävention und Kontrolle der Gewalt auf Straßen und Plätzen: "Ganz besonders wichtig erscheint es im übrigen, daß adäquate Freiräume für kindliches und jugendliches Gruppenverhalten geschaffen werden, also Räume, in denen sich Bewegungsdrang, Abenteuerlust, Aggressionserprobung in spielerischer Art und anderes, was für 'Jugendlichkeit' kennzeichnend ist, ausagieren können, ohne sofort auf den Zorn der Bürger oder die totale Reglementierung zu stoßen, die zunehmend den öffentlichen Raum in Städten, aber auch bereits in Gemeinden charakterisiert. Es hat den Anschein, als ob etliche nach den Vorstellungen etablierter Erwachsener gestaltete Abenteuerspielplätze genau denjenigen Grad von Sterilität vermitteln, der Kinder und Jugendliche nach kurzer Zeit entweder abhält, sie noch einmal aufzusuchen, oder aber gerade umgekehrt einlädt, durch Zerstörung kreatives Chaos herzustellen". (...)

Es mag bezeichnend sein, daß fast 10 Jahre zuvor in der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zu 'Jugendprotest im demokratischen Staat' fast wörtlich das gleiche gefordert wurde: "Solange unser System nicht im Stande ist, Jugendlichen, aber auch Alten, verantwortungsvolle Aufgaben anzubieten, solange muß es wenigstens Toleranz aufbringen, den Betroffenen räumliche und ideelle Freiräume zu überlassen, in denen sie teilweise ein eigenes Leben führen können. Das ist nicht alles, aber es ist ein Minimum". (...)

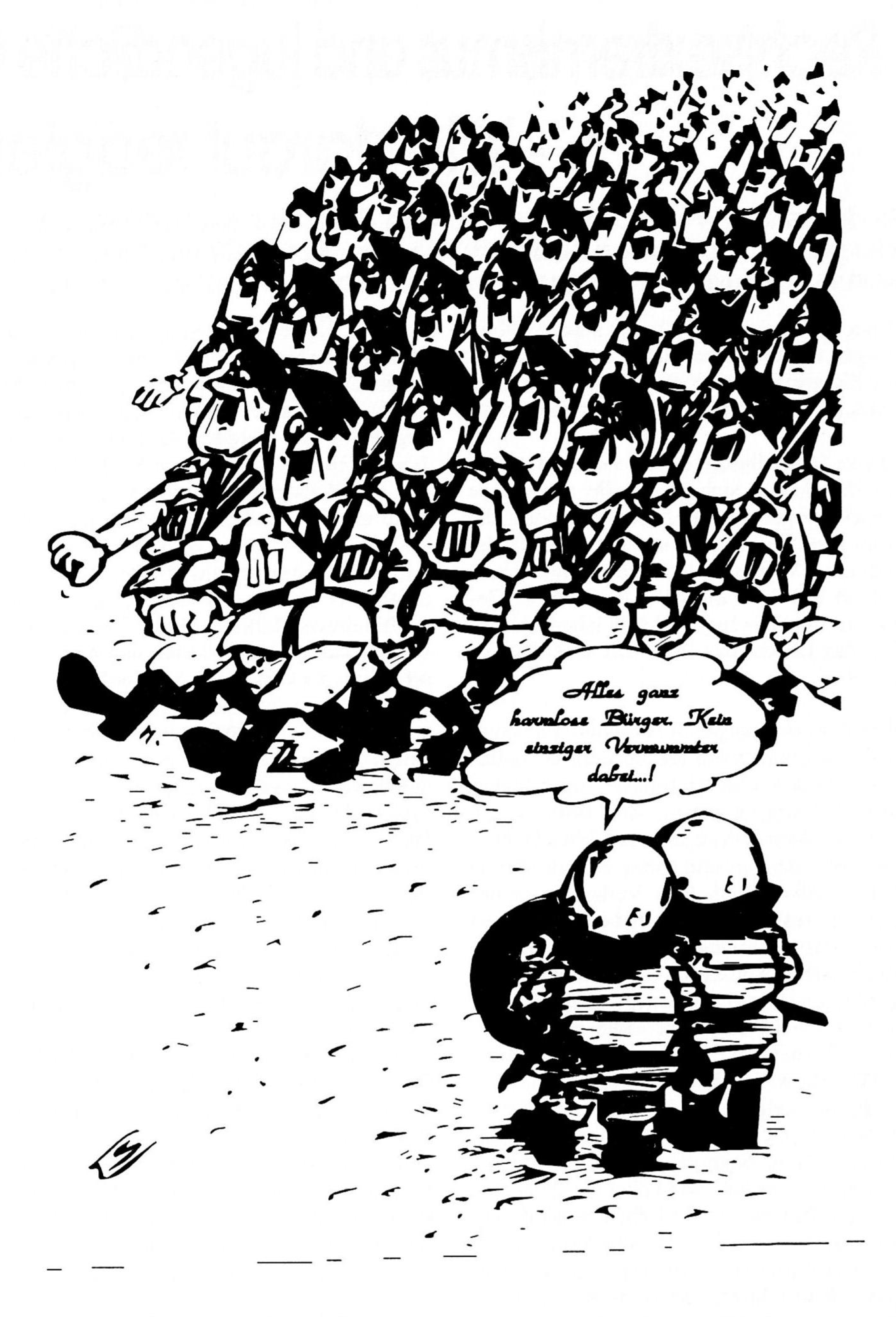
Es gilt also, Freiräume für die Jugendlichen zu schaffen bzw. zu bewahren, die es ihnen ermöglichen, sich selbst zu verwirklichen, einen Sinn in ihrem und für ihr Leben zu finden, Perspektiven für die Zukunft zu entwickeln und eben auch einfach ein wenig Spannung und Abenteuer zu erfahren. Begleitet werden müssen solche Bemühungen mit Maßnahmen der Jugendämter, "auffällige und gewalttätige Gruppen von Sozialpädagogen am 'Konstituierungsort' der Gewalt, d.h. 'häufig auf der Straße' zu betreuen. Primäres Ziel ist nicht die Kontrolle, sondern die Kompensation psychischer und struktureller Defizite in anderen Lebensbereichen und die Vermittlung von Handlungsalternativen". (...)

Zu fordern ist also eine alltags- und lebensweltorientierte Jugendsozialarbeit. (...) Dabei ist besonders wichtig, daß die Angebote der Jugend(sozial)arbeit quartiers-, ja straßenbezogen sein sollten, daß Sport-, Spiel- und Freizeitanlagen, Frei- und Streifräume in unmittelbarer Nähe des jeweiligen Wohn-

quartiers der Jugendlichen sein sollten. Hier ist denn auch dringend ein Umdenken bezüglich der wachsenden Bereitschaft von Bürgern aus Gründen der Lärmbelästigung gegen wohnnahe Sport- und Spielanlagen, Freizeitstätten zu klagen, geboten. Dies umso mehr, als Untersuchungen nachweisen, daß vor allem bei Jugendlichen unterer Sozialschichten, also denen, die diese Angebote am dringensten benötigten, der soziale Rahmen des Wohnbezirks eine bedeutsame Begrenzung außerhäuslicher Sozialkontakte beinhaltet. (...)

Wenn lebensstil- und lebensweltorientierte Jugendsozialarbeit keine leere Worthülsen sein und bleiben sollen, dann bedarf es einer konzentrierten Aktion von kommunalen und freien Trägern der Jugendarbeit, der Kooperation von Sportvereinen und Jugendämtern. Es gilt an den Lebenswelten, den Beürfnissen und Interessen der Jugendlichen anzusetzen, lebensstilorientierte Angebote bereitzustellen. Dies bedeutet aber auch (...) sich nicht nur mit angepaßten Jugendlichen zu befassen oder Jugendliche in bürgerliche "Tugendpanzer" zu zwängen, es heißt vielmehr, sich auch auf unbequeme Jugendliche einzulassen, deren fremdartigen, unbequemen, sozial oft nicht tolerierten Bedürfnisse zu akzeptieren und in die Angebotspalette der Jugendarbeit einfließen zu lassen. Das heißt aber auch sich u. U. auf die manchmal angsteinflößenden, bedrohlich erscheinenden Körper- und Lebensstile der Jugendlichen (z.B. die auf Kraft, aggressive Männlichkeit, Härte ausgerichteten Stile) einzulassen und durch entsprechende Angebote zu kanalisieren, aufzufangen. (...) Dies sind Forderungen, die im übrigen schon seit nunmehr fast 10 Jahren immer wieder in Gutachten erhoben wurden, ohne daß sie auch nur annähernd umgesetzt wurden. Es ist nunmehr endlich an der Zeit, statt immer wieder hilflos nach dem noch strengeren Arm des Gesetzes zu rufen, endlich strukturelle und pädagogische Maßnahmen in Angriff zu nehmen. Bereits 1977 wurde dabei interessanterweise von Vertretern der staatlichen Behörden bezogen auf das Problem der Gewalt Jugendlicher die Überzeugung geäußert, daß: "Jedes Bemühen gegen die Gewalt vergeblich bleibt, wenn man die Gewalt nicht bei ihren Wurzeln packt. Die staatlichen Behörden müssen sich bemühen, eine Gesellschaft zu fördern, in der jeder Bürger seinen Platz findet, und sich harmonisch entwicklen kann und nicht eine Gesellschaft, wo einige Sieger die Mehrheit der Verlierer (Unterlegenen) unterdrücken, in der dem Motiv der Rivalität das der Entfaltung der Persönlichkeit hinzugefügt wird. Die staatlichen Behörden müssen nach einem neuen Wachstumsmodell suchen, das sich nicht länger an der unkontrollierten Überreizung der Bedürfnisse orientiert, das die Arbeit des Menschen aufwertet, die ökonomischen Ungleichgewichte reduziert, und sie müssen eine neue Politik des Urbanismus, der Stadtplanung und eine Freizeitpolitik anstreben" (Ministerie von nationale Opvoeding en Nederlandse Cultuur 1978,217)

Geschehen ist seither nichts, die Lebensbedingungen sind eher schlechter geworden.



Solange aber die strukturellen Bedingungen gewaltförmigen Verhaltens Jugendlicher nicht beseitigt werden, greifen pädagogische und sozialarbeiterische Maßnahmen nur bedingt. Jugendsozialarbeit kann genauso wenig wie die Polizei strukturbedingte Konflikte lösen. Sie kann aber -und dies unterscheidet sie von den repressiven Möglichkeiten der Polizei- in 'sozialhygienischer' Absicht vorhandene Bedürfnisse befriedigen und auffällige Verhaltensweisen verarbeiten. Sie können einen Beitrag zur strukturellen Änderung, zur Humanisierung der Lebensbedingungen Jugendlicher leisten, sie reichen aber nicht aus. Sie müssen eingebettet sein in die steten Bemühungen um weiterreichende Änderungen der Lebenswelten Jugendlicher. Der Kulturkritiker Paul Goodman hat bereits 1956 in "Aufwachsen im Widerspruch, Über die Entfremdung der Jugend in der verwalteten Welt" darauf hingewiesen, daß jedwede pädagogische Maßnahme zur Lösung aktueller Probleme Jugendlicher ohne Reflexion der gesellschaftlichen Bedingtheit dieser Probleme von vornherein zum Scheitern verurteilt ist: "Im Grunde gibt es nur eine richtige Erziehung (Pädagogik) - das Aufwachsen in einer Welt, in der zu leben sich lohnt. Unsere gesteigerte Sorge um die Probleme der Erziehung (Jugend) bedeutet in der Tat, daß die Erwachsenen eine solche Welt nicht haben... Ich setze voraus, daß die Jugend wirklich eine Welt braucht, in der zu leben sich lohnt, damit sie überhaupt aufwachsen kann; und diesem echten Bedürfnis stelle ich eine Welt gegenüber, die sie vorgefunden hat. Daran liegt die Ursache (!) ihrer Probleme" (...) Daran hat sich bis heute nichts geändert. Hier gilt es anzusetzen und nicht an neuen, schärferen Gesetzen und noch massiveren Polizeiaufgeboten.

Literaturhinweise sind bei der Redaktion zu erfragen.

Anton Maegerle und Rainer Fromm

Biographie eines Neonazi: Michael Kühnen

Mit Michael Kühnen ist einer der bekanntesten Neonazis der Bundesrepublik gestorben. Die Entwicklung der militanten Neonazi-Szene ist eng mit seiner Person verknüpft. Ein Grund für uns, seinen Werdegang zusammenzufassen und damit die Biographie Kühnens aus dem letzten Heft fortzusetzen.

"Der Held des Volkes" ist bei Kühnen "der politische Soldat, wie er einst in den Reihen der SA kämpfte, opferte und starb -und wie er in den heutigen nationalsozialistischen Aktivisten wieder auferstanden ist."

10 Gebote bilden das Grundgesetz des politischen Soldaten, dessen 10. Kühnens Bereitschaft zur Militanz verkündet: "Sei erbarmungslos!"

Im Zionismus sieht Kühnen "den machtpolitischen Träger und den hinter-gründigen Gestalter der Minuswelt -und damit unseren Hauptfeind." Der "Chef" folgerichtig: "Nationalsozialisten sind Antizionisten aus Leidenschaft".

Kühnens Vorschlag zur Lösung des israelitisch- palästinensischen Problems: "Wir fordern die Regierung der USA, wo ohnehin die meisten Juden leben, auf, allen Juden der Welt auf dem Gebiet der Vereinigten Staaten von Nordamerika einen eigenen Bundesstaat anzubieten, wie ihn beispielsweise die Mormonen in Utah besitzen. Damit könnte die Judenfrage endgültig gelöst werden!"

Dem verachteten bürgerlichen Zeitalter muß nach Kühnens Meinung das Zeitalter des Arbeiters folgen: "Jeder Deutsche, der nach dem Grundsatz `Gemeinnutz geht vor Eigennutz' für die Gemeinschaft unseres Volkes nach seinen Kräften und an seinem Platz tätig wird, ist Arbeiter." Diese Arbeiter gilt es in der Partei zu sammeln: Einer Partei des "Gemeinnnutzes gegen eine solche Eigennutzes - einer Partei der Revolution gegen die der bürgerlichen Spießerwelt - einer Partei des Volkes gegen die des Internationalismus - einer Partei der Arbeit gegen die des Profits!"

Kühnens "braune Vorstellungen" wurden in ca. 8 Jahren Gefängnis geformt, die der Rechtsextremist absitzen mußte. Im September 1979 trat Kühnen im niedersächsischen Celle eine erste vierjährige Haftstrafe wegen Volksverhetzung, Verbreitung von Propagandamitteln einer verfassungsfeindlichen Organisation und Aufstachelung zum Rassenhaß an. Der Vorwurf, er sei Rädelsführer einer Gruppe, die Überfälle auf Kasernen und Banken verübt hatte, war nicht zu belegen. Eine härtere Bestrafung Kühnens aufgrund des Straftatbestandes 129a StGB (terroristische Vereinigung) konnte deshalb nicht angewandt werden.

Während seiner Inhaftierung verfaßt Kühnen die programmatischen Schriften "Die zweite Revolution. Glaube und Kampf"/Band 1 und "Die zweite Revolution. Der Volksstaat"/ Band 2.

1982 erscheint die Broschüre "Einführung in die nationalsozialistische Weltanschauung".

Im Dezember 1982 aus der Haft entlassen, wird Kühnen bereits 11 Monate später, im November 1983, wegen uneidesstattlicher Falschaussage zu einer achtmonatigen Freiheitsstrafe auf fünf Jahre zur Bewährung verurteilt.

Ende Januar 1985 wird Kühnen, im Juli 1984 in Frankreich untergetaucht, erneut wegen Verbreitung nationalsozialistischer Propaganda zu 3 Jahren und 4 Monaten Haft verurteilt, die er im hessischen Butzbach verbringen muß. Wieder nutzt Kühnen die Haftzeit zu publizistischer Tätigkeit. So bringt er seine Gedanken zu "Politisches Soldatentum: Tradition und Geist der SA" (20.11.1985),



Kühnen mit seiner "Truppe" in Hamburg

"Führertum-zwischen Volksgemeinschaft und Elitedenken" (11.8.1986) und die -im Neonazi-Lager- umstrittene Streitschrift "Nationalsozialismus und Homosexualität" (8.5. 1987) zu Papier. Daneben entsteht eine Neukommentierung des "25-Punkte-Programms der NSDAP".

Noch im Gefängnis erklärt Kühnen mit Datum vom 1.9.1986 seinen Austritt aus der von ihm gegründeten "Gesinnungsgemeinschaft der NF". Anlaß ist ein Gautreffen der NF in Grevenbroich/Nordrhein-Westfalen vom 19.Juli`86, in der als neue politische Linie der Kampf gegen Homosexuelle proklamiert wird. Im Mosler-Blatt "Neue Front-Publikation des nationalen Widerstands" erscheint im August 1986 ein Anti-Homosexuellen-manifest, unterzeichnet von fast der gesamten Neonazi-Führungsriege: **Volker Heidel** (Hannover), **Jürgen Mosler** (Duisburg), **Michael Swierczek** (München), **Ursula Müller** (Mainz-Gonsenheim) und "Steiner" (Hamburg; alias **Thomas Wulff**). Die Gesinnungsgemeinschaft spaltet sich in einen Flügel um Kühnen und einen um Jürgen Mosler.

Kühnen wartet nun nach 1986 mit zahlreichen Vereins-und Parteiengründungen auf (Nationale Sammlung, Initiative Volkswille, Deutsche Alternative, Nationale Liste, Antizionistische Aktion, Aktion Lebensschutz, Gruppe Neubeginnen), die seinen Einfluß im neonazistischen Lager weiterhin als immanent erscheinen lassen. In den fünf neuen Bundesländern wird er gar wieder zum allbejubelten Neonaziführer.

Exkurs: Kühnen und die Homosexualität

Homosexualität ist für Kühnen "eine natürliche, biologische Veranlagung".

In seiner Schrift "Nationalsozialismus und Homosexualität" führt er u.a. aus: "In Wirklichkeit sind nicht Homosexualität und Bisexualität dekadent, sondern die gesamte, uns umgebende Lebenswirklichkeit - auch die heterosexuelle Variante des Sexualtriebes. Der Nationalsozialismus überwindet die Dekadenz insgesamt, um dann eine neue, gesunde Hochkultur zu errichten. Er tut dies aber nicht durch Wiederbelebung spießbürgerlicher Prüderie oder jüdisch-christlicher Leibfeindlichkeit."

Kühnen weiter: Bekanntlich "ist der Haß auf Homosexuelle eine jüdisch-christliche Massenneurose, die den ursprünglichen art- und naturgemäßen arischen Hochkulturen unbekannt war."

Als Anhang der Schrift "Nationalsozialismus und Homosexualität" findet sich das Kapitel "Aids-eine Strafe der Natur?", das Kühnen wohl im Bewußtsein, HIV-positiv zu sein, verfaßt hat: "Schon bald wird AIDS eine `normale' Geschlechtskrankeit sein, die jede Sexualität bedroht - ähnlich wie einst die Syphilis, und wie es heute schon in Afrika der Fall ist; und eines Tages wird AIDS heilbar sein oder zumindest im Laufe der Generationen seine verheerende Wirkung im menschlichen Organismus allmählich verringern und einbüßen, ebenfalls wie es bei der Syphilis der Fall war. Was bleibt, ist eine Tragik im Einzelfall und ein medizinisches und schlimmstenfalls ein seuchenpolitisches Problem für die Volksgemeinschaft, aber kein Argument für eine offen der verkappt jüdisch-christliche Moral".

Kühnen, nun wieder als fanatischer Neonazi: "Natürlich aber kann, darf und soll man -

jenseits hysterischer Moralkomplexe- über die Verbindung zwischen Dekadenz und der Verbreitung von Krankheiten nachdenken, denn es bleibt die Tatsache, daß weder Syphilis noch AIDS nach Europa gekommen wären ohne sexuelle Kontakte zwischen verschiedenen Rassen, und daß sie sich nicht so stark verbreitet hätten ohne den dekadenten Lebensstil der modernen Minuswelt. Wir leben in einer kranken Zivilisation, und AIDS ist eine neue unter zahlreichen Zivilisationskrankheiten geworden."

Im April 1991 wird Kühnen in Thüringen wegen eines nicht versicherten Autos von der Polizei verhaftet. Seiner Überstellung in die Justizvollzugsanstalt Kassel folgt wegen seiner Krankheit die Verlegung in die Städtische Klinik, der Haftbefehl gegen ihn wird aufgehoben. Im Gefängnis als Märtyrer zu sterben, bleibt Kühnen versagt.

Nach Kühnens Tod (25.April 1991) kommt es am 1.Mai 1991 zu einem Treffen von ca. 250 Neonazis in Cottbus. Ein Quartett übernimmt von nun an die Führung der "Gesinnungsgemeinschaft" : **Christian Worch** (Hamburg), **Arnulf Priem** (Berlin), **Heinz Reisz** (Langen bei Frankfurt) und **Gottfried Küssel** (Wien/Österreich). Alle 4 Genannten waren kühnentreu und sind fanatische Neonazis, denen jedoch die "Führungsqualitäten" ihres Idols Kühnen weitgehend fehlen.

Es ist zu befürchten, daß der von Neonazis - überwiegend in den neuen Bundesländern - ausgeübte Straßenterror nun zunehmend außer Kontrolle gerät.

Die Demonstrationen nach der Ermordung des Dresdner Neonazis **Rainer Sonntag** bildeten den Auftakt zu einem heißen Sommer und einem gewalttätigen Herbst 1991 in der Bundesrepublik Deutschland.

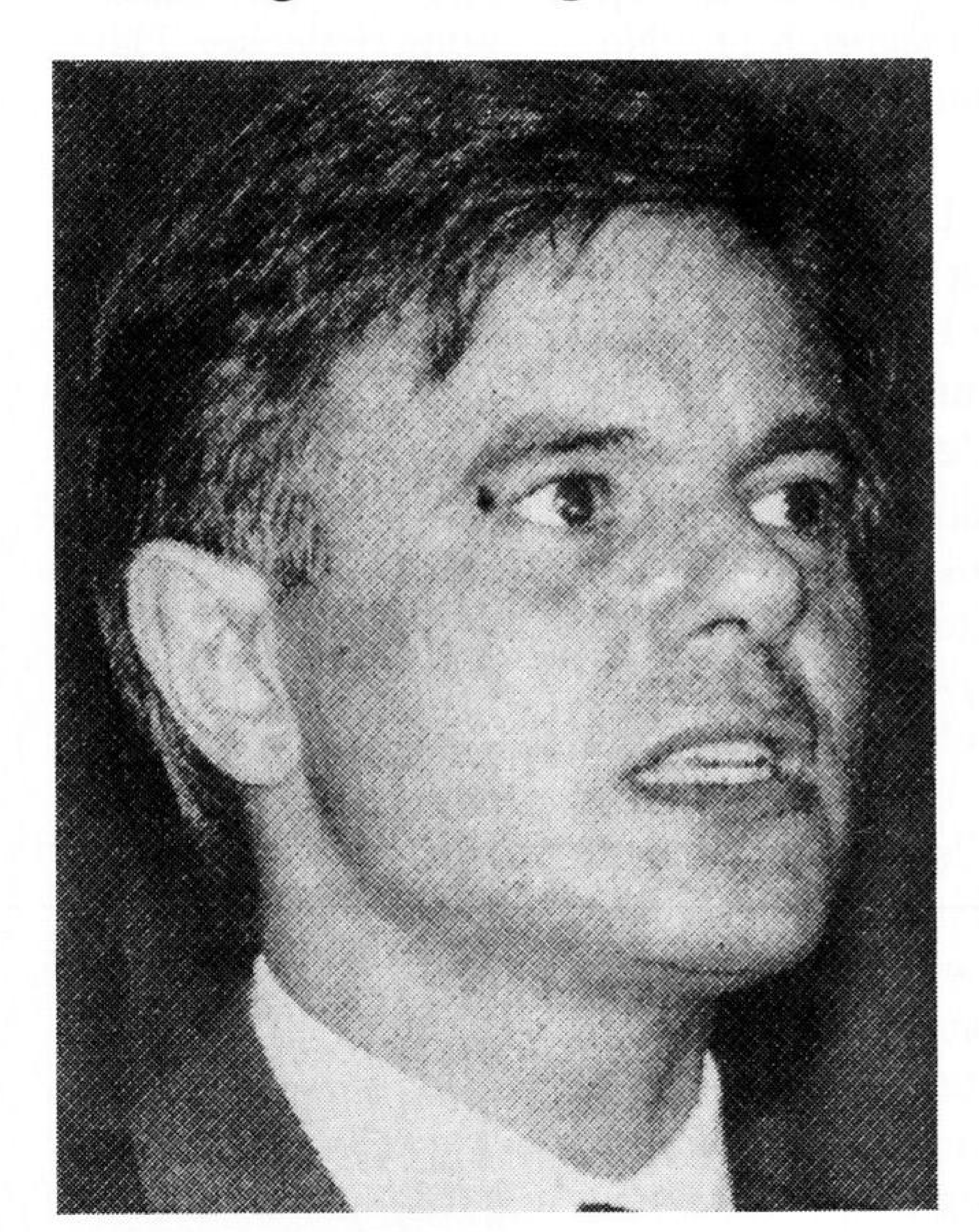
Sönke Braasch

DEUTSCHE LIGA

Nach einjähriger Vorbereitungsphase wurde am 3.Oktober 1991 die "Deutsche Liga für Volk und Heimat" gegründet. Ursprünglich im Kursaal in Stuttgart-Bad Canstatt geplant, wurde der Gründungskongreß kurzfristig nach Villingen-Schwenningen verlegt.

"Das politische Versagen der Altparteien ist offenkundig. Deutsche Patrioten haben sich deshalb zur Deutschen Allianz zusammengeschlossen, um eine politische Alternative für die Neunziger ins Leben zu rufen und in der bundesdeutschen Parteienlandschaft zu verankern. Die Deutsche Allianz versteht sich als nationale Sammlung" tönt vollmundig ein Flugblatt der "Deutschen Allianz - Vereinigte Rechte" (DA-VR) auf die Frage "Warum Deutsche Allianz?" Im Juli beschloß die "politische Alternative" auf den anvisierten Namen zu verzichten, da ein Rechtsstreit mit der Allianz Versicherungs-AG, einer 100%igen Tochter der Allianz Aktiengesellschaft Holding, Berlin-München, zu kostspielig schien. Juristischen Beistand erhielt die damalige "Deutsche Allianz - Vereinigte Rechte", die inzwischen als "Deutsche Liga" firmiert, durch **Markus Beisicht**, Beisitzer im Präsidium der DA-VR, langjähriger Funktionär beim "Ring Freiheitlicher Studenten" (r.f.s.) und ambitionierter "Republikaner"-Fürst in Köln. Derzeitiges Aktionsfeld der Kölner Ratsfraktion der "Deutschen Liga" um Beisicht sind die Roma vor Ort.

"Am Mittwoch um 19 Uhr haben wir uns entschieden", so **Jürgen Doderer**, Bundesschatzmeister der "Liga", den Tagungsort Stuttgart trotz positivem Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg nicht zu beanspruchen. Und so kamen statt der erwarteten 800 VertreterInnen aus dem rechtsextremen Lager nur 400 - 500 in die Doppelstadt im Schwarzwald. Geschäftsführer **Franz Glasauer** eröffnete den ersten Bundesparteitag der "Liga" mit einem revisionistischen Rundumschlag. Schlesien, Pommern, Danzig, Ostpreußen, das Sudetenland und Südtirol rechnete der vorbestrafte Glasauer zum "noch besetzten" Drittel Deutschlands. Unbedacht ehrlich auch die Äußerung Glasauers zur eigenen ideologischen Verortung: "Sollen sie uns als Ewiggestrige, als Neonazis, als Rechtsradikale titulieren, es macht uns nichts aus, im Gegenteil." Das Grundsatzreferat hielt wie angekündigt das MdEP **Harald Neubauer**, der einstige Adlatus von **Franz Schönhuber**.



Spiritus Rector der Liga: MdEP Harald Neubauer

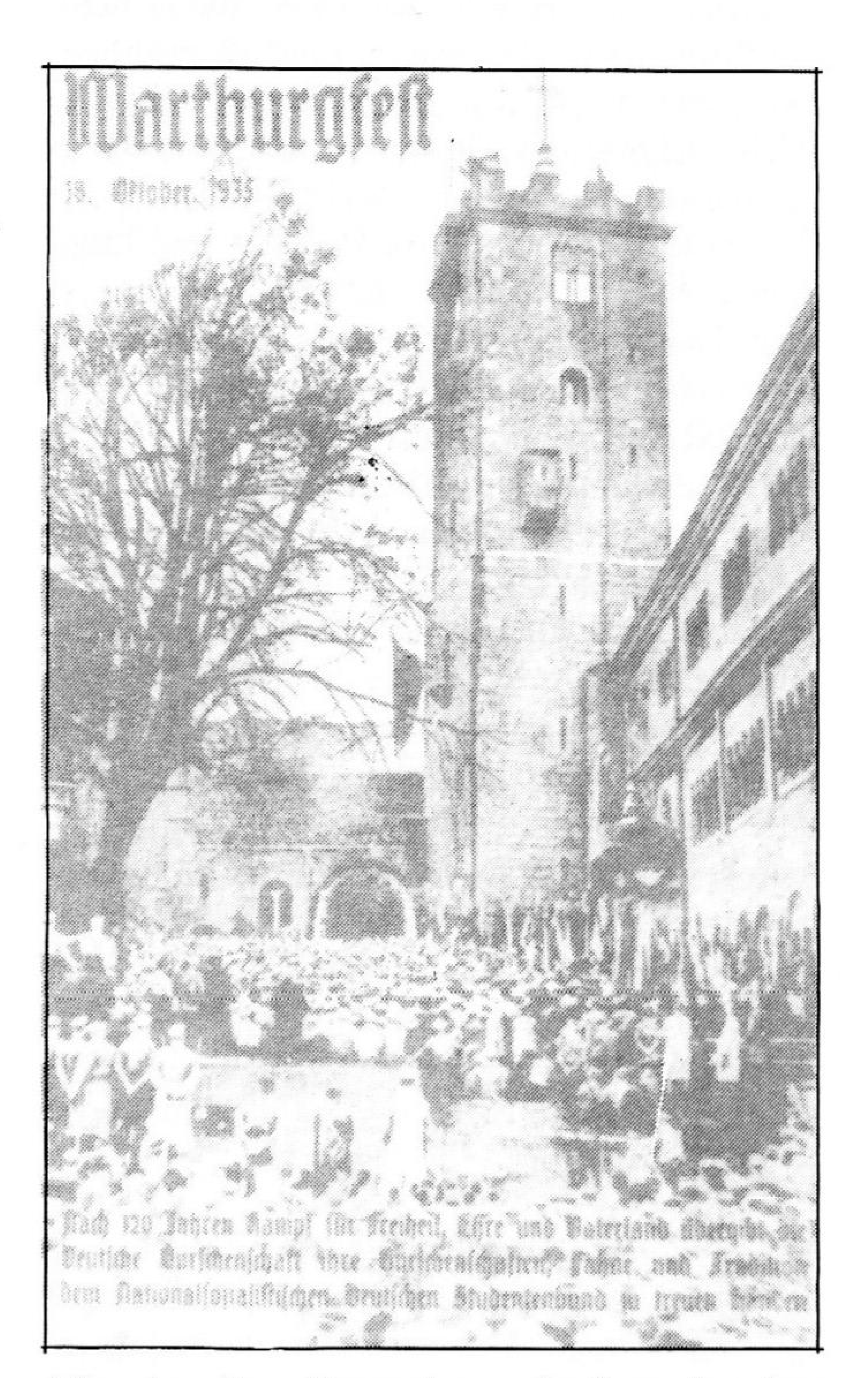
Die 217 stimmberechtigten Mitglieder wählten auf dem Gründungskongreß in der Tonhalle neben Harald Neubauer (211 Stimmen) noch **Jürgen Schützinger** (190 Stimmen), von 1978 bis 1991 Landesvorsitzender in Baden-Württemberg und zuletzt stellvertretender Bundesvorsitzender der NPD, sowie **Rudolf Kendzia** (175 Stimmen) zu Sprechern. Zugunsten Kendzias, ehemaliger Landesvorsitzender der NPD in Berlin (West) und späterer REP-Funktionär, zuletzt im Amt des Schatzmeisters, hatte der frühere hessische "Republikaner"-Landeschef **Erich Fuchs** kurzfristig verzichtet. Die drei gleichberechtigten Sprecher führen einen 21 köpfigen Vorstand an. Das Grußwort des "Front National" (FN) überbrachte der Europaparlamentarier Yvan Blot den Delegierten. "Wir sagen laut, was die einfachen Leute auf der Straße leise sagen, auch zur Ausländerpolitik." Vorbild der "Deutschen Liga" sind die Erfolge des "Front National" und der "Freiheitlichen Partei Österreichs".

In Heidenheim, Baden-Württemberg, wurde am 13.Oktober 1991 der erste Landesverband der "Liga" gegründet. Zu gleichberechtigten Sprechern wurden gemeinsam mit Schützinger **K. Niewiem** aus Neuenbürg bei Pforzheim und der Schwäbisch-Haller **Schüttpelz**, von dem die FAZ weiß, daß er Mitglied der CDU gewesen sein soll, von den rund 100 Delegierten gewählt. Heidenheim, einstige Hochburg der "Republikaner" und Heimat des früheren baden-württembergischen Landesvorsitzenden der "Republikaner" und MdEP **Peter Köhler**, war Auftakt der "Liga" zur baden-württembergischen Landtagswahl am 5.April 1992. Die Zielmarke zur Landtagswahl in Baden-Württemberg gab **Martin Mußgnug** am 3.Oktober vor. "Erfolgreich sind wir dann, wenn wir über 2,5 Prozent der Stimmen bekommen". Konkurrenz um das Wählerpotential bekommt die "Deutsche Liga" dabei von den "Republikanern" und den Nationaldemokraten. Die "Deutsche Volksunion - Liste D" des Dr. **Gerhard Frey** wird an jenem Wahlsonntag nur in Schleswig-Holstein antreten. "Ob es der `Deutschen Liga' paßt oder nicht: Es gibt mehrere Parteien, die sich um die Wählergunst bemühen: Die NPD, Rep, DVU." Weiter heißt es in dem Leserbrief von **Hermann Lehmann**, dem Stellvertreter **Günter Deckerts** im Bundesvorsitz der NPD, in der Oktober-Ausgabe von "NATION und EUROPA": "Die NPD jedenfalls wird sich wegen einer `Deutschen Liga' nicht auflösen. Ihre bescheidene, aber vorhandene, bundesweite Organisation könnte sich eines Tages als ein Glück für unser Land erweisen."

Peter Schulz-Oberschelp

Wartburg '92

Vom 1. - 3. November 91 fand in Marburg das zweite Treffen des bundesweiten Arbeitskreises "Wartburg `92" statt. Referate und Diskussionen zu Fragen der Ideologie und Rekonstituierung der Korporationen nach 1945 bildeten den Schwerpunkt der Tagung. Weiter wurden Vorschläge für Aktivitäten gegen das aktuell beobachtbare weitere Vordringen an den Hochschulen diskutiert.



Eintritt der Burschenschaften in den faschsitischen Studentenbund am 18.10.1935 auf der Wartburg

Wer sich mit der Entwicklung der Korporationen beschäftigt, dem stellen sich drei Fragen.

1. Welche Bedingungen sorgten nach 1945 für die unbeschadete Reaktivierung der Korporationen in der BRD?

2. Welche Strategien führten im Zuge der StudentInnenrevolte '68 zu ihrer Verdrängung von der Bühne der Hochschulpolitik.

3. Wie sieht die aktuelle Situation aus und welches sind die Bedingungen für die Renaissance des Verbindungswesens?

Unmittelbar nach dem Krieg war die Erinnerung an die Rolle, die die Korporationen bei der Machtübergabe an die Faschisten 1933 gespielt hatten, noch frisch. Das Verbindungswesen war insgesamt diskreditiert. In Verbotsverfügungen des Kontrollrates von 1946, der westdeutschen Rektorenkonferenz 1949 und des Verbandes deutscher Studentenschaften 1950 fand das seinen Niederschlag. Das Farbentragen an der Uni war verboten, die Mensur galt als Körperverletzung.

In den 50er Jahren verfolgten die Verbindungen eine, letztlich erfolgreiche, Politik der Aufhebung dieser Verbote in kleinen Schritten. In dem sogenannten Mensurenprozeß (Landgericht Göttingen) wurden die Angeklagten vom Vorwurf der Körperverletzung freigesprochen, da diese ja mit ausdrücklicher Genehmigung des Verletzten erfolgt sei. Der 5. Senat des BGH bestätigte dieses Urteil 1954 samt seiner Begründung.

Die alte Feindschaft gegen die SPD wurde durch eine Politik der Annäherung ersetzt. Die Burschenschaftlichen Blätter rühmten sich prominenter SPD-Referenten wie **Willy Brandt** und **Carlo Schmidt**. Der Versuch, auf dem SPD-Parteitag 1954 einen Unvereinbarkeitsbeschluß zwischen dem Conventsverband deutscher Korporationsverbände (CDK) und der SPD herbeizuführen, scheiterte. Lediglich die Mitgliedschaft in einigen Aktivitas bestimmter Verbindungen galt als unvereinbar mit einer SPD-Mitgliedschaft, die viel wichtigere Mitgliedschaft bei den Alten Herren stellte für die SPD kein Problem dar. 1967 wurde dieser mehr als halbherzige Unvereinbarkeitsbeschluß aufgehoben, der mensurschlagende SPD'ler wurde möglich.

Bereits 1961 erfolgte die Aufnahme der Verbindungen in den Bundesjugendplan und damit ihre höchstoffizielle Anerkennung als förderungswürdige Jugendorganisation. Die Politik der Verbote war gescheitert. Der Erfolg hatte zwei Väter. Die Alten Herren, die nach '45 schnell wieder entscheidende Machtposition besetzten und im Stillen agierten und die verpaßte Chance einer Demokratisierung der Hochschulen mit allgemeiner sozialer Absicherung der StudentInnen. Die Verbindungen hatten Mitte der 60'er Jahre ihre alte Stellung an den Hochschulen zurückerobert.

Während dieser Zeit vertraten sie eine Ideologie, die zutiefst reaktionär und rückwärtsgewandt war. Der Konservatismus war 1945 ebenfalls gescheitert und galt bis in die Mitte der 60er Jahre hinein als mit dem Nazismus verbunden. Gegen seine Tabuisierung wandten sich rechte Intellektuelle und die Verbindungen. Der Konservatismus wurde als vom Nationalsozialismus mißbraucht dargestellt, einzelne hätten Fehler begangen, die nicht dem Konservatismus anzulasten seien. Die Burschenschaften vertraten in diesem Spektrum den rechten Flügel mit folgenden inhaltlichen Schwerpunkten:

1. Eine ausgeprägte Verbundenheit mit der eigenen Geschichte und Bejahung der eigenen Traditionen von vor 1945.

2. Nation, Vaterland und Heimat wurden mit unverblümt völkischen Zügen heroisiert, Deutschtum und Bodenständigkeit waren wichtig. Für sie war die schlimmste Katastrophe der deutschen Geschichte auch direkt nach dem Kriegsende der 8. Mai 1945!

3. Sie verbreiteten ein Geschichtsbild mit präfaschistischen Wertungen, betonten das Germanentum als deutsche Urform und verbreiteten unkritische und rechtfertigende Darstellungen der Geschichte bis 1945.

4. Sie vertraten einen restriktiven, autoritären und deformiten Freiheitsbegriff. Freiheit war stets eingebunden in die Pflicht. Nur der dem Staat und der Gemeinschaft verpflichtete Bürger hatte ein Recht auf Freiheiten.

5. Sie vertraten einen rabiaten Antisozialismus, der keine alternativen Gesellschaftsformen gegenüber dem bestehenden Kapitalismus duldete.

6. Sie fochten für eine elitäre Gesellschaftsordnung, die demokratische Strukturen an der Hochschule strikt ablehnte.

Ende der 60er Jahre fehlten ihnen daher Antworten auf die aktuellen Zeitfragen. Mit ihren Ansätzen aus den 50er Jahren und der Zeit des Kalten Krieges war ihnen der Zugang zu einem "modernen" Konservatismus verwehrt. Mit dem Nationalstaatsprinzip von 1840 ausgerüstet, konnten Sie keine schlüssigen Antworten auf die gesellschaftlichen Umwälzungen der 60er Jahre geben. Wer sich mit dem Säbel die Visage zeichnete, konnte schwerlich Polen, Tschechen und anderen durch den Faschismus gepeinigten Völkern als Gesprächspartner angeboten werden. Scheitern und zeitweiliger Rückgang der Burschenherrlichkeit nach 1968 ist demnach weniger dem erfolgreichen Agieren ihrer Gegner anzulasten, als ihrem eigenen Unvermögen, in den 50er und 60er Jahren neue, modernisierte Konzepte von Rechts zu entwickeln. "Wer zu spät kommt, den bestraft halt die Rentenversicherung."

Im Anschluß an diese Geschichtsbetrachtungen wurden die weiteren Aktivitäten des Arbeitskreises beraten.

Mit einem antikorporierten Stadtrundgang durch Marburg wurde ein gelungenes Beispiel für Aufklärungsarbeit über das Verbindungs(un)wesen gezeigt. An verschiedenen Stationen wurde die Geschichte des Verbindungsstudententums mit lokalen Begebenheiten deutlich gemacht.

Im Juni 1992 wird in Jena eine wissenschaftliche Tagung über Geschichte und Bedeutung des Verbindungswesens stattfinden. Dabei sollen verschiedene Themenkomplexe bearbeitet werden:

- Historischer Anfang und Entwicklung der Verbindungen bis heute.
- Gefährden Verbindungen die Demokratie?
- Nationalismus und Entwicklung Deutschlands.
- Wissenschaft und Elitebildung.

Weiter soll bis zum Frühjahr nächsten Jahres Material für ein Arbeits- und Lesebuch zum Verbindungswesen gesammelt werden.

Der Arbeitskreis trifft sich wieder im Februar 1992. Wer Material zum Thema zur Verfügung stellen kann oder Lust hat, mitzuarbeiten und die Arbeit zu unterstützen, der wende sich an das

"Projekt Wartburg `92", c/o Geschichtswerkstatt Marburg e. V., Liebigstr. 46, 3550 Marburg/Lahn.

Anton Maegerle/Sönke Braasch

Schwammberger-Prozeß Neonazis demonstrieren

Für Schwammberger, der in mehreren Fällen seinen Opfern bei der Tötung zusätzlich in gefühlloser unbarmherziger Gesinnung Schmerzen oder Qualen körperlicher oder seelischer Art zugefügt haben soll, demonstrierten vor dem Gerichtsgebäude circa 20 Neonazis, die auch während des Prozesses lautstark auf sich aufmerksam machten.

Mit von der Partie neben dem NO-Bundesvorsitzenden und Mann im Hintergrund **Michael Swierczek**, der Leiter des "Deutschen Jugendbildungswerkes" (DJBW) **Bela Ewald Althans** und **Christian Sennlaub**, ebenfalls einstiger FAP-Funktionär, auch **Axel Heinzmann**. Heinzmann, notorischer Rechtsextremist, der einst die WSG Hoffmann in die beschauliche Universitätsstadt Tübingen als Schlägertruppe kommen ließ; per Megaphon forderte das zeitweilige Mitglied der NPD und "Republikaner": "Schluß mit den Prozessen gegen alte, kranke Männer". Verteilt wurde von den Kameraden der "Nationalen Offensive" neben ihrer Selbstdarstellungsbroschüre "Wer wir sind und was wir wollen" auch ein Flugblatt mit dem Titel "Der aktuelle Skandal. Solidarität mit Schwammberger", in dem die in Augsburg ansässige NO erklärt: "Wir von der NATIONALEN OFFENSIVE sagen es deutlich: Die einseitige Verfolgung nur der deutschen sogenannten 'Kriegsverbrecher' ist ungerecht und steht für die Diffamierung und Entrechtung unserer ganzen Kriegsgeneration. Schon, weil mehr als 46 Jahre nach den angeblichen Taten Schwammbergers kein Gericht dieser Welt wirklich noch aufklären kann, was damals wirklich geschah, muß dieses Verfahren unverzüglich eingestellt werden! Wir solidarisieren uns mit Schwammberger und fordern dessen sofortige Freilassung." Der presserechtlich Verantwortliche, **Josef Rösch**, ehemaliger Aktivist der SA und vormaliger Freiburger Kreisvorsitzender der NPD, war vor seiner Tätigkeit bei der NO Landesvorsitzender der "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) in Baden-Württemberg. Wenige Kilometer von Röschs Heimatort Gottenheim bei Freiburg entfernt liegt der jüdische Friedhof Ihringen, dessen zweifache Schändung - im Gegensatz zu allen anderen Schändungen von jüdischen Friedhöfen in Baden-Württemberg - noch nicht aufgeklärt ist. Dazu heißt es in der Mai-Ausgabe des "Deutschen Beobachter. Zeitung der Nationalen Offensive": "In unseren Augen wird nämlich ein Zusammenhang zwischen Kamerad Rösch und Friedhofsschändungen konstruiert, den wir so (Hervorhebung d.A.) nicht stehen lassen wollen."

Im Vorfeld des Prozesses war in derselben Ausgabe des "Deutschen Beobachter" zu lesen: "Die Staatsanwaltschaft hat sich diesen Prozeß einiges kosten lassen. Eine halbe Million Mark aus Steuermitteln sind aufgewendet worden, um Schwammberger, (...) festnehmen zu lassen. Dies ist mit Abstand die höchste Summe, die je zur 'Ergreifung' eines hierzulande gesuchten 'NS-Verbrechers' aufgebracht wurde.

Doch es regt sich auch Widerstand. Nachdem die nationalen Kräfte in den letzten Jahrzehnten fast immer geschwiegen hatten, wenn wieder ein alter Soldat als 'Kriegsverbrecher' oder 'KZ-Mörder' vor Gericht gestellt wurde, wollen diesmal viele Nationale dem Prozeß einen kleinen Besuch abstatten. Es geht darum, Gegenöffentlichkeit herzustellen. Wo andere nur schweigen oder wie Schafe in den Chor der Medien einstimmen, da müssen wir unsere Stimme erheben. Dabei gilt es, Prozesse dieser Art in ihrer ganzen Fragwürdigkeit aufzuzeigen." Der Artikel schließt mit der Feststellung: Schwammberger "hat unsere Hilfe verdient!"



Am Megaphon: Axel Heinzmann

Schwammberger selbst steht in Kontakt mit der "Stillen Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte e.V.". Im "Rundbrief Nr.1/1991 für den Freundeskreis" der "Stillen Hilfe" wird Josef Schwammberger gedacht: "Bei stark angeschlagener Gesundheit wird der im 80. Lebensjahr Stehende in der JVA Stammheim bei Stuttgart in Untersuchungshaft gehalten. Der Prozeß, zu dem 100 Zeugen aus aller Welt aufgeboten sind, soll am 26.6.91 in Stuttgart beginnen. Briefe, die Herr Schwammberger uns im Februar und März dieses Jahres schrieb, geben Zeugnis von einer Gesinnung und Haltung, die uns große Hochachtung einflößt." In derselben Ausgabe des Rundbriefs wird auf das vierzigjährige Jubiläum der Stillen Hilfe hingewiesen. 1951 unter Vorsitz der **Prinzessin von Isenburg** gegründet, steht heute **Adelheid Klug** dieser einschlägigen Organisation vor. Die Betreuung von inhaftierten Nazis und Kriegsverbrechern ("Die STILLE HILFE ist eine Organisation, die sich darum bemüht, ehemalige Kriegsgefangene und Internierte auch sogenannte 'Kriegsverbrecher' humanitär zu betreuen und zu unterstützen") macht auch vor Fluchthilfe nicht Halt. Dem von der Stillen Hilfe intensiv betreuten SS-Obersturmbannführer **Herbert Kappler** gelang 1977 unter mysteriösen Umständen die Flucht aus italienischer Haft.

Von den 100 angekündigten "Zeugen aus aller Welt" haben zahlreiche Schwammberger in ihren Aussagen belastet. Michael Goldmann-Gilead berichtete am letzten Verhandlungstag vor der Urlaubspause über Schwammberger: "Unser Herr, unser Richter, unser Henker, unser Gott, unser Teufel. Er war alles, der Herr Schwammberger". Seinen einstigen Peiniger versuchte Goldmann-Gilead sogar privat zu finden. Bei einem Lateinamerika-Aufenthalt durchstreifte er vergeblich La Plata, den Wohnort Schwammbergers. Später wurde dieser von der argentinischen Polizei vor einem drohenden Auslieferungsgesuch durch Israel gewarnt.

Ein einzelner Zeuge wußte nicht von Grausamkeiten und Bestialität des Angeklagten zu berichten. Doch auch an diesen überlebenden Zeugen des Holocaust wollte sich Schwammberger nicht erinnern können. Die Erinnerungslücken des einstigen Kommandanten von NS-Arbeitslagern können, so ein vom Gericht bestellter Gutachter, "nur durch Verdrängung oder Verleugnung" erklärt werden. Das von Schwammbergers Pflichtverteidigern Bächle und König gleich am ersten Verhandlungstag gewünschte psychiatrische Gutachten erbrachte keine Zweifel, daß der ehemalige SS-Oberscharführer über ein vergleichsweise gutes Gedächtnis und über ausreichende Erinnerung verfügt. Einem ordnungsgemäßen Prozeß steht somit auch weiterhin nichts im Wege.

Quellen:

Covert Action Information Bulletin, Number 25, Special: Nazis, the Vatican, and the CIA, Washington 1986

Pomorin/Junge/Biemann: Geheime Kanäle. Der Nazi-Mafia auf der Spur, Dortmund 1981

I.Razin: Wie US-Geheimdienste und die SS gemeinsame Sache machten, aus: SEMIT 4/89

Der Diskurs des Rassismus

Das diesjährige Colloquium des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung befaßte sich unter der Leitung von Siegfried Jäger (Universität GH Duisburg) mit dem "Diskurs des Rassismus".
Die Aktualität dieses Themas prägte den Verlauf der Veranstaltung und rückte die Frage in den Mittelpunkt, ob und wie die Wissenschaft und die WissenschaftlerInnen in dieser Situation Verantwortung übernehmen können, indem sie ihr Wissen gezielt in der Öffentlichkeit zur Geltung bringen.
Beschlossen wurde eine Stellungnahme an das Europäische Parlament, in der dazu aufgerufen wird, den Ausbruch rassistischer Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland zu einem europäischen Thema zu machen und Druck auf die Bundesregierung und die verantwortlichen Politiker auszuüben. Auf Anregung des Amsterdamer Diskursanalytikers Teun A. van Dijk wurde die Gründung und Organisierung einer internationalen Initiative von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gegen Rassismus beschlossen.
An dem Colloqim, das in Verbindung mit der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführt wurde, nahmen über vierzig Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der alten und neuen Bundesrepublik, Großbritannien, Belgien, den Niederlanden und Österreich teil.
Der Schwerpunkt dieses Colloquiums lag bei der Darstellung empirischer Studien über den Diskurs des Rassismus in den Medien und im alltäglichen Bewußtsein der Bevölkerung - und seinen Ursachen.
Faßt man den Grundtenor der Referate und Diskussionen zusammen, so zeigt sich, daß den Diskursen der Medien und über sie, der Politiker, eine wichtige Rolle beim Entstehen, der Verbreitung und der Verfestigung von Rassismus und Abwehr der Flüchtlinge und Angehörigen von Minderheiten generell zukommt. Hier liegt demnach eine große Verantwortung auch für die Abwehr und den Abbau rassistischen Denkens. Kontrovers wurde diskutiert, inwieweit der Mediendiskurs auch zur Erzeugung von Handlungsbereitschaften beitrage.
Das Beispiel der BILD-Kampagne gegen den Asylparagraphen und den angeblichen massenhaften Asylmißbrauch wurde immer wieder angeführt, um den Zusammenhang zwischen Mediendiskurs und dem Entstehen der derzeitigen pogromähnlichen Stimmungen und Tätlichkeiten gegenüber Flüchtlingen zu belegen. Einig waren sich die TeilnehmerInnen darin, daß die Lebensbedingungen der Menschen, aber auch Ängste vor dem Verlust des eigenen Wohlstandes, dazu beitrügen, rassistische Einstellungen entstehen zu lassen. Das führe auch zur Stärkung rechtsextremer Parteien, wie die Beispiele der Senatswahlen von Bremen und der Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein erst kürzlich wieder unter Beweis gestellt hätten.
Strategien zum Abbau rassistischer Einstellungen wurden denn auch in erster Linie darin gesehen, die Medien in die Verantwortung zu nehmen und sie an ihre Verpflichtung zur Demokratie zu erinnern; Es dürfe nicht übersehen werden, daß Mediendiskurse oft konkrete Handlungsbereitschaften erzeugen. Wichtig sei aber auch die Analyse und Kritik anderer Diskursebenen, insbesondere des Erziehungsdiskurses (Schulbücher), der heute noch Vorstellungen der Anderen, insbesondere auch der Dritten Welt, vermittle, die zum Abbau rassistischer Bewußtseinspotentiale beitrügen. In pädagogischer und sozialpädagogischer Hinsicht sei zu empfehlen, die Handlungsfähigkeit (Autonomie) von Jugendlichen und Kindern zu fördern und der verbreiteten Haltung "rebellierender Selbstunterwerfung" (Nora Räthzel) entgegenzuarbeiten.

Diss-Veröffentlichungen zum Thema Rassismus - Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung, Realschulstr. 51, 4100 Duisburg 1, Tel. 0203-20249
- Arbeitskreis "Jugendarbeit und Rechtsextremismus" Aachen (Hg.):
Jugendliche auf dem Weg nach rechtsaußen? Diss-Texte Nr. 11, 58 S., 6,-DM
- Teun A. van Dijk:
Rassismus heute: Der Diskurs der Elite und seine Funktion für die Reproduktion des Rassismus Diss-Texte Nr. 14, 50 S., 5,-DM
- Irmgard Pinn/Michael Nebelung:
Vom "klassischen" zum aktuellen Rassismus in Deutschland Diss-Texte Nr. 17, 48 S., 5,-DM
- Rudolf Leiprecht:
Rassismus und Ethnozentrismus bei Jugendlichen Diss-Texte Nr. 19, 66 S., 6,-DM
- Margret Jäger/Siegfried Jäger (Hg.):
Aus der Mitte der Gesellschaft, (Teil 1) Zu den Ursachen von Rechtsextremismus und Rassismus Europa Diss-Texte Nr. 20, 84 S., 8,-DM
- Siegfried Jäger (Hg.):
Alltäglicher Rassismus - 22 Interviews mit Bürgerinnen und Bürgern aus Deutschland, Materialband Diss-Skripten Nr. 3, 260 S., A-4, 38,-DM
- Andreas Quinkert/Siegfried Jäger:
"Warum dieser Haß in Hoyerswerda?" Die rassistische Hetze von BILD gegen Flüchtlinge im Herbst '91 Diss-Skripten Nr. 4, 51 S., A-4, 7,-DM
Die angeführten Publikationen können direkt bei dem Herausgeber zum genannten Preis zuzüglich der Versandspesen bezogen werden.

TAGUNG

Peter Kratz

"Sie können uns töten - zerstören nicht"

Lyrik gegen das Vergessen, geschrieben im KZ

Mit einer Reihe von Veranstaltungen, in denen die Frankfurter Diseuse Ursula Illert Gedichte aus den Nazi-Kerkern und KZ's rezitiert, geht die Fuldaer SPD-Bundestagsabgeordnete Barbara Weiler seit einigen Jahren gegen das Vergessen der NS-Verbrechen an. Grundlage für die antifaschistische Kulturarbeit der beiden Frauen ist eine Sammlung von Gedichten, die Opfer des Nazi-Terrors angesichts von Folter und Tod schrieben. Der Germanist Michael Moll hat sie in langjähriger Sucharbeit aus Nachkriegsbüchlein zusammengetragen, wo sie hier und da verstreut schon einmal veröffentlicht und dann bald vergessen worden waren, aus Originaldokumenten, aus Briefen, die sich in Archiven finden usw. Eine Auswahl der Gedichte haben Barbara Weiler und Michael Moll jetzt im Marburger Schüren Presseverlag herausgebracht. Das Buch "Lyrik gegen das Vergessen" enthält einen Anhang, in dem die biographischen Angaben der meist als Literaten unbekannten AutorInnen und ihr Schicksal in den KZs, soweit dies erforschbar war, aufgeführt sind. Grafiken der heute wirkenden Künstlerin Tina Stolt, die das Buch illustrieren, verbinden nicht nur das grauenhafte Geschehene der damaligen Zeit in eindrucksvoller Weise mit dem Heute, sie geben auch zwischen all der vom Schrecken zeugenden Schrift Gelegenheit, in der Betrachtung zu verweilen und die eigene Vorstellung vom Unvorstellbaren zu vertiefen.

Keine Lyrik mehr nach Auschwitz - dieses Gebot von hoffnungsloser Endgültigkeit, das Theodor Adorno aussprach, haben die Opfer in den KZs nicht praktiziert. Die Leidenden selbst hatten noch in ihrer größten Not vor der Unmenschlichkeit eines solchen Gebotes gewarnt - mit ihren eigenen Werken. Literarische Zeugnisse von Menschen, die einen bis dahin nicht gekannten Terror erleiden mußten, fanden sich in so gut wie allen Sprachen, deren Länder von den Todesbotschaftern des deutschen Kapitals, von Wehrmacht, von Gestapo und SS kontrolliert wurden. Sie sind von Juden, Christen, Kommunisten verfaßt, von polnischen Arbeitern oder französischen Intellektuellen, von alten jiddischen Volksdichtern und von Kindern, denen die Erfahrung unendlichen Leidens reife Ausdrucksfähigkeit abgezwungen hatte. Ihre Lyrik - ob von Ursula Illert vorgetragen oder nach Jahrzehnten jetzt wieder im Buch zu lesen - ist von einer Eindringlichkeit, macht Publikum und LeserInnen in einer Weise betroffen, wie allenfalls noch die Werke Paul Celans. Doch sind sie hier das Original, beeindrucken wegen der Authentizität.

Zwei Drittel der Autoren und Autorinnen haben die Nazi-Zeit nicht überlebt. Ihre Verse wurden von anderen überliefert, fanden sich in Zellenwände geritzt oder wurden später von Überlebenden aus dem Gedächtnis wieder aufgeschrieben.

Die Werke, oft nur wenige Zeilen, kreisen um die Hoffnungen und Ängste, um den Schmerz, die Peinigungen, Hunger und Demütigungen, Kampf, Widerstand und Flucht; auch die Träume eines in der Wirklichkeit nicht mehr möglichen kleinen Glücks sind uns aus all dem Morden auf diese Weise erhalten geblieben.

Für viele sollten diese Gedichte Dokumente für die Nachwelt sein, um das Geschehen in den Kerkern und KZ's dem Dunkel von Tarnung, Lüge und Wegsehen zu entreißen. Für andere war es eine Möglichkeit und ein Versuch, sich gegen Entwürdigung und Selbstaufgabe zu wehren, das eigene Ich zu wahren. "Der Morgen ist aller Nächte Beender, wir halten für diesen Morgen die Nächte Wacht", schrieb Hasso Grabner in Buchenwald. "Sie können uns töten - zerstören nicht", so Lore Pintus' Botschaft an die Nachwelt in ihrem Gedicht "Abschied von Amsterdam".

Erschütternd sind die Kinderverse von Ilse Weber, die in Theresienstadt als Gefangene die Kinderkrankenstube aufbaute und in Auschwitz ermordet wurde: "Ri Ra Rutsch, man spannt uns vor die Leichenkutsch. Hätt' sie geladen unser Leid, wir kämen nicht drei Schritte weit". Was hätten die Kinder von Theresienstadt anderes verstehen können als die Szenen ihres Alltags!

Besonders viele literarische Zeugnisse sind aus dem KZ Buchenwald erhalten, wo eine politisierte Widerstandsorganisation der Häftlinge zum geistigen Überleben aufforderte und Bedingungen zum Schreiben schaffen konnte. Denn das Schreiben war illegal, die Bleistifte wurden sorgfältig versteckt (z.B. als Schrauben getarnt in die kargen Möbel eingedreht), als Papier gab es manchmal nur die präparierte Wurstpelle. Auch dies ist ein Grund dafür, daß die Literatur aus den KZ's so oft in Gedichtform vorliegt: was zu sagen war, mußte komprimiert aufgeschrieben werden.

Michael Moll und Barbara Weiler haben ihr Buch am 10. November 1991 gemeinsam mit der KZ-Gedenkstätte Buchenwald in Weimar der Öffentlichkeit präsentiert. Vorher schon hatte die hessische Landesvertretung in Bonn eine solche Veranstaltung ausgerichtet. Beide Male beeindruckte der Vortrag der Gedichte durch Ursula Illert das Publikum, das am Ende Applaus als deplaziert empfand.

Interessenten für eine Veranstaltung "Gegen das Vergessen" mit Ursula Illert wenden sich an **Barbara Weiler MdB, Bundeshaus, 5300 Bonn 1.**

Das Buch ist im Buchhandel erhältlich: **Michael Moll, Barbara Weiler: Lyrik gegen das Vergessen. Gedichte aus Konzentrationslagern, Marburg 1991, DM 24,80**



Auschwitz

Fressen unsere Leichen Raben?
Müssen wir vernichtet sein?
- Sag, wo werd ich einst begraben -
Herr, ich will nur Freiheit haben,
Und der Heimat Sonnenschein.

1944 von der 13jährigen Ruth Klüger in Auschwitz geschrieben. Sie überlebte.

Notiz

Lelosz, Aleksander,
Jahrgng 1911
Dorf: Drohiczyn
Regierungsbezirk: Poléskie.
Ich saß 3 Monate, unschuldig.
Ich soll erschossen werden am
25.9.1944.
Wer dies liest, soll bitte
meine Mutter benachrichtigen.

1944 im Warschauer Gestapokeller an die Zellenwand geschrieben (Übersetzung aus dem Polnischen)